№ 339 B 167 Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 18. Juli 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 5600—5693. Amt für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5685—5693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Optimistische Erklärungen Youngs.

Die Möglichkeiten des Transfers

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

o **Paris**, 18. Juli.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in London, Jules Sauerwein, hatte eine Unterredung mit dem amerikanischen Delegierten Young, der ihm erklärte: „Nach meiner Ansicht müssen, damit ein amerikanischer Bürger sich bereit erklärt, einen Teil seiner Ersparnisse in einer Anleihe anzulegen, drei Bedingungen erfüllt werden:

1. **Die Einigung mit Deutschland.** Man leiht kein Geld, wenn nur die Macht dieses Darlehen garantiert. Damit ein Land wie Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Darlehnsgebern hält, muß es den Kontrakt freiwillig angenommen haben.

2. Sicherheit ist notwendig, daß die allgemeine Wirtschaft des Landes, das die Anleihe aufnimmt, **nicht durch eine äußere oder ungerechtfertigte Intervention gestört** werden kann. Eine Garantie für die Ruhr ist notwendig.

3. Es ist nötig, daß in keinem Falle die für die Zinsen und Tilgungszahlungen der Anleihe bestimmten Einkünfte ihrem Zweck entzogen werden und von einer fremden Macht beschlagnahmt werden können.

Praktisch gesehen, scheint es mir, daß die Ergänzung der Reparationskommission durch ein amerikanisches Mitglied, das Verfehlungen Deutschlands feststellen und zu werten hätte, den Zeichnern eine Garantie bedeuten würde, daß Sanktionen nur ergriffen werden, wenn es notwendig ist und wenn dies im gemeinsamen Interesse der Gläubiger ist. Außerdem ist es erforderlich, daß die Alliierten, bevor sie auseinandergehen, in das Protokoll der Konferenz das Versprechen aufnahmen, daß im Falle gemeinsamer und gerechtfertigter Sanktionen Pfänder für die Anleihe gewährt werden. Ich spreche nicht im Namen der amerikanischen Bankiers; aber unter diesen beiden Bedingungen bin ich der Ansicht, daß ein großer Schritt vorwärts gemacht würde, um den Zeichnern Sicherheit zu schaffen.

Sauerwein fragte dann weiter, ob es wahr sei, daß die Sachverständigen noch den Bestimmungen des Transfers die Uebertragung bedeutender Geldsummen von einem Tag auf den andern als undurchführbar ansehen.

Young antwortete: Niemand kann das sagen. Es ist ein Problem, für das nur die Erfahrung eine Lösung schaffen kann. Wir sind bei unseren Arbeiten im Sachverständigenausschuß von Anfang an auf die große Bedeutung dieser Frage aufmerksam gemacht worden. Vielleicht könnte bei einer normalen Lage des Devisenmarktes die Uebertragung durchgeführt werden. Jedenfalls werde Frankreich sicher mit ein wenig Erfindungsgabe und Talent die Mittel finden, um die Guthaben, die es in Deutschland in Goldmark durch die Reparationszahlungen besitzt, nutzbar zu machen. Wenn zum Beispiel große Barzahlungen auf Grund der Währungslage unmöglich sind, glauben Sie nicht, daß Frankreich alsdann ein gutes Geschäft machen würde, wenn es in Deutschland mit den Markbeständen, die es besitzt, die notwendigen Maschinen und Instrumente für die Elektrifizierung des Rhônetales kauft? Diese Arbeiten würden den französischen Staat nichts kosten, und er würde noch seine Frankengewinne daraus schlagen können durch die Bildung von Aktiengesellschaften für ihre Ausnutzung. Die Belgier sollen durchaus bereit sein, im Falle, daß es unmöglich wäre, Barzahlungen zu erhalten, Eisenbahnmaterial für den Bau neuer Linien am Kongo abzunehmen. Niemals dachten wir daran, Frankreich die Mittel zur Wahrung seiner Rechte und seiner Sicherheit zu nehmen. Das Reparationsproblem kann technisch gelöst werden, ohne die Interessen Frankreichs zu schädigen. Im Gegenteil. Wenn es aber hier nicht gelöst wird, wenn diese Konferenz sich hinter Formeln und Mißverständnissen sowie Einzelfragen vergräbt, dann steht Europa einer großen Katastrophe gegenüber. Mark und Frank. einschließlich bis zu einem gewissen Grade sogar das Pfund, werden ernsthaft entwertet werden. Deshalb muß man zu einem Erfolge kommen, und zwar hier. Ich bin bezüglich der Ergebnisse der Konferenz optimistisch, denn man findet überall die Beweise eines ernsthaften Willens, die Probleme zu regeln. Ich weigere mich, zu glauben, daß die ausgezeichnete Stimmung und die aufrichtigen Absichten dieser Menschengruppe im Verlaufe einer Konferenz von dieser Bedeutung durch Verwirrung und Mißverständnisse zuschanden gemacht werden können.

Auf der Suche nach dem Kompromiß

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 18. Juli.

Der heutige Tag dürfte für den Verlauf der Konferenz von wesentlicher Bedeutung sein. Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten, die gestern abend über die Anwendung von Sanktionen im Falle einer deutschen Nichterfüllung noch fortbestanden und die auch in den Entwürfen von Snowden und von Peretti della Rocca noch nicht genügend ausgeglichen waren (siehe Seite 3), sind heute vormittag von den Delegationschefs besprochen worden.

Ramsay Macdonald hat Herriot, Theunis, Stefani und Kellog um 10 Uhr zum ersten Frühstück nach Downingstreet eingeladen, um diese Fragen in kleinem Kreise zu besprechen und den Versuch zu machen, eine gemeinsame Formel zu finden, die in der ersten Kommission zum Entwurf eines Beschlusses der Gesamtkonferenz ausgearbeitet werden könnte.

Der zweite Ausschuß, der heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz von Thomas zusammentreten sollte, um das französische Abkommen über den Abbau der Wirtschaftssanktionen zu erörtern, ist auf heute nachmittag vertagt worden.

Der dritte Ausschuß unter Vorsitz von Robert Kindersley wird heute endgültig die Vorschläge formulieren, die er den alliierten Regierungen über die Regelung der Sachleistungen zu machen gedenkt.

Genf und Lyon.

Von

Dr. Julius Becker,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Lyon**, im Juli.

In der anderen Rhonestadt, die vor wenigen Jahren mit Genf in heftigem Kampfe um den Sitz des Völkerbundes lag, ist jetzt der Kongreß der Union der Völkerbundligen zu Ende gegangen. Sein unmittelbares praktisches Ergebnis sind einige Dutzend Resolutionen über so ziemlich alle schwebenden politischen Fragen, und hätte er kein weiteres Resultat gehabt, so dürfte das Urteil über diesen Kongreß recht negativ lauten.

Um es vorweg zu nehmen: die meisten der in der Union vereinigten Gesellschaften für den Völkerbund verkennen einigermaßen Sinn und Zweck, den ihr Dasein allein haben kann. Anstatt sich der intensiven Propaganda für die Idee des Völkerbundes zu widmen, beschäftigen sie sich so eingehend mit den Problemen des Bundes, daß ihr gemeinsamer Kongreß notwendig zu einer Kopie der großen Genfer Bundesversammlung werden muß. Wenn die Union z. B. ständige Kommissionen für Abrüstung, Wirtschaftsfragen, Minderheiten usw. organisiert, deren Beschlüsse dann an den Generalrat der Union, von diesem an die Versammlung des Kongresses, von ihr an Kommissionen der Versammlung und schließlich von diesen Kommissionen an den Kongreß zurückgehen, so ist dieses Verfahren eine derartig getreue Nachahmung des beim Völkerbunde üblichen, daß es für den unbefangenen Beobachter, und selbst für den wohlwollendsten, hart an die Groteske streift. Zumal wenn man bedenkt, daß im Völkerbunde immerhin Vertreter von Regierungen sitzen, und daß seine Beschlüsse einen gewissen positiven — oft genug wie problematischen — Wert haben, daß sie bisweilen sogar unmittelbare Bedeutung für das Leben ganzer Völker oder vom Bunde verwalteter Gebiete besitzen. Diese Tatsachen rechtfertigen nicht nur sondern erfordern die allergrößte Gründlichkeit, die der Völkerbund denn auch durch Heranziehung der bedeutendsten Fachmänner für jede Frage zu erreichen bemüht ist.

Welchen Wert soll nun aber die Imitierung dieses Vorgehens bei einer privaten und, wenn nicht durch die Macht der in ihr herrschenden Gedanken und gedanklichen Einheit, einflußarmen Vereinigung haben? Was soll es nützen, ja, was soll es denn nützen können, daß man sich in einer Abrüstungskommission der Union den Kopf während Wochen und Monaten mit einem Entwurf zu einem Garantiepakt zerbricht, einem anderen natürlich als dem im Genfer Bunde derzeit zur Beratung stehenden, anstatt, wenn man es schon für erfolgversprechend hält, Einzelfragen der Abrüstung im privaten Kreise zu besprechen, lieber beispielsweise sich auf Fragen zu beschränken wie diese: Ist es möglich, durch Garantieverträge zur Abrüstung zu gelangen? Oder: Auf Grund welcher Tatsachen soll in einem Kriegsfalle der „Angreifer" ermittelt werden? Die Lösungen dann in Paragraphen zu formulieren, darf man und sollte man ruhig den Organen überlassen, die schließlich auch die Verantwortung für ihre Beobachtungen zu tragen haben werden. Noch richtiger freilich wäre es wohl, man überließe die Sorge um die Einzelheiten überhaupt diesen Organen und kümmerte sich stattdessen mehr als gegenwärtig um die Propagierung der Ideen, der Notwendigkeit und Unerläßlichkeit der Abrüstung.

Es wäre sogar die Frage zu erwägen, ob nicht das von der Union zurzeit geübte Verfahren ihren Zielen mehr abträglich als nützlich ist. Denn die Erörterung von Einzelfragen muß natürlich die Gegensätze, statt sie zu mildern, nur immer schärfer hervortreten lassen. Erfolg sie nun ganz überflüssiger Weise, wie hier, so muß es so kommen, daß die Teilnehmer an solchen Debatten sich auseinander einigen, d. h. nur feststellen, daß sie sich nicht einigen können. Kein Delegierter will sich beim Nachhausekommen vorwerfen lassen, er habe die „Interessen seines Landes" nicht gebührend in Rücksicht gezogen, als er über diese oder jene Frage abstimmte, und so gebärden sich denn viele dieser Delegierten pünktlicher als der Papst und scheuen vor Konzessionen zurück, die ein verantwortlicher Regierungsvertreter eventuell gerade im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gemacht haben würde.

Diese Art der Organisierung der Kongresse der Union hat denn auch zu dem höchst unerfreulichen Zustande geführt, daß die Propaganda für den Völkerbundgedanken, die das erste und hauptsächlichste Ziel der Union sein sollte, mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist und auf dem Kongreß in Lyon kaum noch eine wesentliche Rolle spielte. Man darf annehmen, daß diese Gefahr den wirklichen Freunden des Völkerbundes innerhalb der Union nicht verborgen geblieben ist, zumal ihre weitere Folge gerade in Lyon so deutlich wie bisher niemals in die Erscheinung trat.

Die Folge der erwähnten Entwicklung war nämlich die, daß sich die Regierungen der meisten Länder mehr für die Völkerbundgesellschaften zu interessieren begannen als dem Gedanken eines Bundes der Völker und den zu seiner Verbreitung bestimmten Gesellschaften zienlich war und sein konnte. Es ist klar und bedarf keines Beweises, daß neue

Deutschnationale Beamtenpolitik

Vertagung des Landtages.

Der preußische Landtag hat heute vormittag seine letzte Sitzung vor den Ferien abgehalten und sich bis zum 23. September vertagt. Die Erledigung der Tagesordnung, auf der nur kleinere Vorlagen und Abstimmungen über schon früher erledigte Gesetzentwürfe standen, war in kaum einer halben Stunde erfolgt. Ein Antrag auf Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts an der Universität Kiel wurde dem Hauptausschuß überwiesen.

Nach der Erledigung gab es aber noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Der Beamtenausschuß hatte am Donnerstag auf Antrag des sozialdem. Abg. Hirsch folgenden Beschluß gefaßt: „Das Justizministerium wird ersucht, dem auf Grund des § 106 gebildeten Ausschuß möglichst umgehend, spätestens bis zum 1. Oktober, ein Gutachten darüber zu unterbreiten, ob der Abbau von Wahlbeamten (§ 44 der Personalabbauverordnung vom 8. II. 24) mit den Bestimmungen der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist." Im Ausschuß waren alle Fraktionen, auch die deutschnationale, damit einverstanden, daß dieser Antrag noch heute vom Plenum verabschiedet werde. Als nun nach Erledigung der Tagesordnung der Abg. Hirsch beantragte, den Antrag zum Beamtenabbau zu verabschieden, widersprach der deutschnationale Abg. Ebersbach der Beratung. Auch der Vorschlag, den Antrag in einer neuen Sitzung zu beraten, wurde dadurch vereitelt, daß Abg. Ebersbach für die neue Sitzung den Widerspruch seiner Parteifreunde ankündigte. Im Verlauf der Debatte entschlüpfte dem Abg. Ebersbach das Geständnis, daß seine Parteifreunde das Hauptziel des sozialdemokratischen Antrags, den Abbau der sozialdemokratischen Bürgermeister und Stadträte von Kassel hintanzuhalten, bewußt verhindern wollten. Da außer den sozialdemokratischen Bürgermeistern aber auch noch eine große Anzahl anderer Beamter in Frage kommt, deren Interessen durch die Nichtverhandlung des Antrages stark geschädigt werden, so muß dieses parteipolitische Vorgehen der Deutschnationalen als direkt beamtenschädigend charakterisiert werden.

Konferenz der Ernährungsminister.

Ueber die Zollvorlage.

Im Reichsministerium für Ernährung trat heute unter dem Vorsitz des Grafen Kanitz die Konferenz der Ernährungsminister der Länder zusammen. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen folgende Punkte: Die Rückwirkung der finanziellen Ueberleitung der Landwirtschaft auf Ernte und Absatz, die Betriebsmittel für die Durchführung der Ernte, Maßnehmen zum Absatz der Ernteerzeugnisse, und die Durchführung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms für die Landwirtschaft in Reich und Ländern.

Nach einer Ansprache des Reichsernährungsministers wurden kurze Referate zu den ersten drei Punkten der Tagesordnung vorgetragen. Daran schloß sich die Besprechung dieser Gegenstände. Nach einer Mittagspause wird nachmittags der wichtigste vierte Punkt, zu dem auch die Zollfrage gehört, behandelt werden.

Methoden der Regierung der Völker nicht von den Repräsentanten des heutigen Regimes propagiert werden können, und man braucht nur den Widerwillen zu sehen, mit dem die im Völkerbunde selbst sitzenden Vertreter der heutigen Regierungen sich auf den doch nur sehr teilweise neuen Wegen vorwärts schieben lassen, um das zu begreifen. Läßt es sich nun in Genf nicht anders machen, weil es ja doch die fortschrittlichen Elemente unter den heutigen Regierenden sein müssen, die mit der Realisierung des Völkerbundprogramms beginnen, so ist es doch bei allem Glauben an die Evolution unserer politischen Sitten unsinnig, die gleichen Leute, die in Genf zum großen Teil sich mehr als Hemmschuh denn als Zugkraft für die neuen Ideen erweisen, nun noch bei den Völkerbundsgesellschaften bestimmenden Einfluß gewinnen zu lassen.

Das aber ist in der Tat der heutige Zustand der meisten dieser Gesellschaften, abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen, daß sie entweder überhaupt nur Ableger der Außenministerien ihrer Länder oder mindestens sehr stark unter dem Einfluß dieser Ministerien sind. In der Offiziosität, die dadurch die Union bekommt, steckt ihr Todeskeim. Sie kann ihn noch überwinden, aber dann nur durch eine entschlossene Säuberung ihrer Reihen, durch entschiedene Verbannung und ganz bewußte Ablehnung aller gouvernementalen Tendenzen. Auch die Spannung am Lyoner Kongreß hätte so vermieden werden können, die recht peinlich gewirkt hat, wenn sie auch am Ende einen erfreulich guten Ausgang fand. Mit dem „Ende gut, alles gut" kann man sich für diesmal beruhigen, aber man kann keine Maxime für die Zukunft daraus machen, schon darum nicht, weil der Ausgang bei geringerer Geschicklichkeit der einen und weniger Konzilianz der anderen Seite sehr leicht ganz anders hätte sein können.

Der Lyoner Kongreß sollte eine große internationale Demonstration für den Völkerbund auf französischem Boden werden, an der Frankreichs neuer Ministerpräsident Herriot, der Präsident der Kammer und Präsidentschaftskandidat der Linken Painlevé sowie eine Reihe anderer Persönlichkeiten teilnehmen sollten, die schließlich nicht gekommen sind, so daß der Kongreß von seiner propagandistischen Wirkung nahezu alles verlor. Nachdem in französischen Zeitungen von hervorragenden Mitgliedern der Union die Gründe angedeutet wurden, liegt kein Anlaß vor, sie nicht hier klar zu sagen. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation, die das erstemal einem Kongreß auf französischem Boden beiwohnen sollte, einem der Völkersöhnung und der Idee des Weltfriedens dienenden Kongreß, hat diese Versammlung beinahe ernstlich gefährdet, jedenfalls aber um ihre Wirkung gebracht. Sind auch alle die Gerüchte von Demonstrationen gegen die deutschen Delegierten Graf Bernstorff und Professor Jaeckh Gerüchte geblieben, und hat auch Graf Bernstorff — wie es in Deutschland niemand anders erwartete — in Lyon eine wirkliche Friedensrede gehalten, so wäre es doch erfreulich gewesen, wenn etwa das Präsidialmitglied der Deutschen Liga für Völkerbund, Professor Quidde, und nur einen zu nennen, ebenfalls Mitglied der Delegation gewesen wäre! Dadurch hätte man dem Auslande schon zeigen können, daß wenigstens in der Deutschen Liga für Völkerbund ein anderer Wind weht als sonst zur Zeit in deutschen Landen. Aber dann hätten vielleicht die Herren von rechts, die noch nie einen Finger für den Gedanken des Völkerbundes gerührt haben, Lärm gemacht? Nun, was hätte einer deutschen Delegation zu dem Lyoner Kongreß denn besseres passieren können als von rechts angegriffen zu werden? Hat man denn in Berlin noch immer nicht verstanden, daß man im Ausland von den Kreisen rechts von der gegenwärtigen Regierung, trotz ihrer Zahlungsfähigkeit infolge von Kriegs- und Inflationsgewinnen, nichts wissen will?

Man hat in Lyon in Kreisen, die der deutschen Politik mehr Schlechtigkeit aber auch mehr Schlauheit zutrauen, als in der Tat wohl in der Wilhelmstraße zu finden ist, ganz eigenartige Vermutungen über den Grund der so seltsam kleinen und in der Tat etwas einseitigen Delegation geäußert. Vermutungen, die eben darin ihren Ursprung haben, daß die Gesellschaften für Völkerbund keine unabhängigen Verbände mehr sind. Wären sie das, und wären die Delegationen von ihnen delegiert und nicht nur Produkte einer Besprechung zwischen Kasse und Litör oder bestenfalls einer Vorstandssitzung, so wären Spannungen wie die in Lyon unmöglich. Insofern trifft alle Verbände, wenn man vielleicht von England und der Schweiz absieht, der gleiche Vorwurf.

Die Ratifizierung von Washington.

Interpellation der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird, ob sie bereit sei, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Achtstundentag aufzugeben und sofort dem Reichstag die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorzulegen.

*

Dieser Beschluß hat, wie wir hören, selbst in freigewerkschaftlichen Kreisen eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen, denn man muß schon fragen, ob mit einer derartigen Interpellation etwas anderes erreicht wird als eine mehrtägige Sozialdebatte — und das kann doch bei einer auch außenpolitisch so wichtigen Angelegenheit nicht der Zweck der Uebung sein. Das Nächstliegende und Notwendigste ist, daß die Regierung, insbesondere das Reichsarbeitsministerium die Anregung aufnimmt die kürzlich der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, in seinem Schreiben an den „Vorwärts" gemacht hat. Es muß eine Formel gefunden werden, die es Deutschland ermöglicht, sich unter Berücksichtigung der besonderen Lasten, die ihm durch seine Reparationsverpflichtungen auferlegt sind, den internationalen Vereinbarungen über die Arbeitszeit anzuschließen. Welchen schlechten Eindruck die Erklärung des Regierungsvertreters in Genf gemacht hat, hat gestern noch einmal der demokratische Reichstagsabgeordnete Ertelen bestätigt.

Es muß jetzt aber auch von seiten der Arbeitgeber, selbst wenn sie gegen die Ratifizierung des Washingtoner Achtstunden-Abkommens sind, alles vermieden werden, was die außenpolitische Situation erschwert. Was wird damit erreicht, wenn etwa der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Geheimrat von Borsig, der englischen Regierung ziemlich unverblümt in der Arbeitszeitfrage Heuchelei vorwirft? Auch im neuesten Heft der Verbandszeitschrift „Der Arbeitgeber" wird zwar von einer leitenden Persönlichkeit der Arbeitgeber-Vereinigung den demokratischen Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs „die gute Absicht" attestiert, aber gleichzeitig wieder erklärt, wir hätten nicht den geringsten Anlaß, zu erwarten, daß England und Frankreich das Abkommen von Washington ratifizieren. Die treibende Kraft für die auswärtigen Reden der ausländischen Vertreter ist die ausländische Konkurrenz, nicht das Ideal vom internationalen Achtstundentag." Und drohend ruft der Verfasser: „Wollen unsere freien Gewerkschaften noch weiter dem Irrlicht der Internationalen nachlaufen, um das deutsche Volk in den Sumpf zu führen?"

Mit derartigen demagogischen Aeußerungen sollte eine so verantwortungsvolle Stelle, wie es die Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeber ist, doch sparsamer umgehen. Es gibt nun einmal nicht nur internationale Kapitalsorganisationen, internationale Handelsabmachungen, Syndikate, Pools und Konzerne, sondern auch die Arbeitnehmer haben das Bestreben, durch internationale Vereinbarungen ihre Position zu verbessern und zu sichern. Nachdem diese Bestrebungen die Anerkennung und Unterstützung einer großen Reihe von Staaten gefunden hat, die sich bedingungslos oder unter gewissen Vorbehalten für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erklärt haben, darf Deutschland nicht beiseite stehen. Hier handelt es sich nicht um Irrlichter der Internationalen, sondern um realpolitische Tatsachen von größter Wichtigkeit. Die Arbeitskonferenz in Genf ist für Deutschland ein zweites „Haag" gewesen. Auf diesem Wege geht es nicht weiter. Vestigia terrent!

R. L—n.

Hitlers Regierungsprogramm.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **München**, 18. Juli.

Der Abgeordnete Schaeffer veröffentlicht im „Bayerischen Kurier" neue Enthüllungen über die Vorgeschichte des Hitler-Putsches. Er erzählt u. a. von einem Briefe des Grafen Fischler von Treuberg an Dr. Glaser vom 18. November 1923, in dem Graf Treuberg die Verhaftung Pittingers, Kylanders und unter Umständen auch Kahrs verlangt, damit den Gegnern die Handhabe genommen sei, sie wegen reaktionärer Gesinnung zu beschuldigen. Der Brief enthält auch eine Ministerliste. Die politische Leitung sollte in Händen eines Direktoriums Hitler-Weber-Heiß liegen, wobei Hitler der Primus inter pares sein sollte. Als Innenminister war Roth, als Generalstaatskommissar Poehner in Aussicht genommen, weil man Poehner allein für scharf und rücksichtslos genug hielt. Weiterhin macht Treuberg den Vorschlag, den Vorsitzenden der Bezirkskämmer einzelne Staatskommissare überzuordnen, da es ausgeschlossen sei, daß die zurzeit im Trott regierenden Beamten sich zu wirklichen Taten aufraffen könnten. Er bringt dann gewisse Vorschläge wirtschaftlicher Art, insbesondere eine Preisregelung, die besagt, daß die Bauern doch noch genug verdienen würden und bei einem Zwang zum Verkauf nicht mehr wuchern könnten. Zuwiderhandlungen wären mit dem Tode zu bestrafen. In der ersten Zeit dürfe als Strafe nur die Todesstrafe gelten. Denn alle anderen Strafen helfen nichts, weil sie den Bestraften ins Lager des Gegners bringen. Innenpolitisch sollen Roth und Poehner die Männer sein, die die wirkliche Arbeit leisten sollen. Außenpolitisch sollte Schebner-Richter „als Kenner des Auslandes und speziell Rußlands" den Außenpolitiker und Mentor Hitlers abgeben. Den Militärs, insbesondere Ludendorff und Kriebel, spricht er die Fähigkeit selbständiger politischer Tätigkeit ab.

Der „Bayerische Kurier" fragt hierzu folgendes: Lag der oben genannte Brief an Dr. Glaser bzw. ob dem Hauptmann a. D. Weiß zugesandte Abschrift den Gerichtsbehörden vor? War er bei den Gerichtsakten im Hitler-Ludendorff-Prozeß, und warum wurde er, obwohl er doch von einschneidender Bedeutung für die Urteilsfindung sein mußte, gegebenenfalls nicht verlesen? Vielleicht nimmt sich der kommende Untersuchungsausschuß des Landtages auch dieser Dinge an.

Der Abgeordnete Schaeffer stellt dann noch fest: 1. daß der „Völkische Kurier" Bestand und Inhalt des Aktionsprogramms und der Niederschrift über die an Herrn v. Kahr zu stellenden vaterländischen Forderungen glatt zugibt; 2. daß schon einmal, nämlich im Hitlerprozeß, die Staatsanwaltschaft verdächtigt wurde, ihm Kenntnis von geheimen Schriftstücken gegeben zu haben; 3. daß er keine Veranlassung habe, seine sich immer als völlig zulässig erwiesenen Gewährsmänner bekannt zu geben, und daß er von Staatsanwalt Dresse keines der obenerwähnten Schriftstücke erhalten habe.

Das Attentat auf Zaglul Pascha.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 18. Juli.

Nach einer Meldung aus Kairo hat Zaglul-Pascha das Hospital wieder verlassen. Die ägyptische Regierung hatte die deutsche

Verrückte Welt.

Von

L. Andro.

In Wien hat kürzlich ein siebzehnjähriges Mädel vom Lande seine Tante, bei der es lebte, zu erschlagen versucht, ganz wie bei Wedekind: „Ich hab' meine Tante ermordet, die Tante war alt und schwach . . ." Alt und schwach war die Tante übrigens nicht, sondern leidlich jung, aber sie hatte, wie Tanten es meist tun, dagegen protestiert, daß das kleine Mädel eine Liebschaft mit einem Wehrmann unterhielt. Bälle mit ihm besuchte, und vor allem, daß sie sich ein neues Kleid dazu anschaffte. Das neue Kleid aber mußte sich die kleine Wetti durchaus haben; und da sie wußte, daß die Tante Geld besaß, reifte der Plan in ihr, sie mit der Hacke zu erschlagen und ihr Geld an sich zu nehmen, alles für das neue Kleid. Die Schwerverletzte entging nur mit knapper Not dem Tode; die Siebzehnjährige wurde zu der verhältnismäßig milden Strafe von zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Nicht die Angeklagte war die interessante Figur in diesem Prozeß: ein dumpfes, vernachlässigtes, von Kindheit auf mit den Begriffen der Ehrlichkeit wenig vertrautes Wesen, das mutterlos aufgewachsen war. Die merkwürdigste Figur war die Tante. Wie man allgemein sagte, eine brave, ruhige, anständige Person. Von Beruf war sie Prostituierte. Sie übte ihr Gewerbe still, unauffällig, brachte nie einen Mann nach Hause, legte jede traurig verdiente Krone beiseite. Diese Straßendirne hatte sich's in den Kopf gesetzt, ihre Nichte zur Braveheit, Ehrlichkeit und Pflichterfüllung zu erziehen, und wurde sehr böse, als sich Instinkte bei der Kleinen zeigten, die sie nicht billigen konnte. Sie hatte sie bei sich aufgenommen, als Wetti in die Stadt kam, bereits mit einer kleinen Gefängnisstrafe wegen Diebstahls belastet. Schon war das halbe Kind eine Ausgestoßene der Gesellschaft, und so fühlte die andere Ausgestoßene die Verpflichtung, sie bei sich aufzunehmen. Sie hielt darauf, daß Wetti einen Dienst antrat als Verkäuferin und Aufwärterin, und sie wollte nichts davon wissen, daß ein Mann Unordnung in dieses Leben bringen sollte, das sie sorgsam überwachte. Ich finde, daß man dieser Straßendirne die goldene Tugendrose überreichen sollte. Die Arme aber fand den üblen Lohn, den Tugend immer findet, und der ganze Dank, den sie erntete, war ein gespaltener Schädel.

Die andere nicht ganz alltägliche Person in diesem Prozeß war der Geliebte, der Wehrmann, der an der ganzen Mordgeschichte nicht weiter beteiligt war oder höchstens nur insofern, als er der Wetti Börnsons „Sympathie Solbalken" gelesen hatte; durch die Lektüre dieses Buches und eine darin vorkommende Hauferei, behauptete Wetti, sei sie auf die Idee gekommen, die Tante zu erschlagen. Ein literarischer Wehrmann, der Börnson liest, ist auch keine banale Erscheinung. Zum Glück stellte sich im Laufe des Prozesses heraus, daß er das Buch nicht gelesen, nur verliehen hatte; was allgemein beruhigte.

Das dritte interessante Moment in diesem Prozeß war ein rosa Etaminkleid; nicht das, welches Wetti haben wollte, sondern das, welches sie schon besaß. Darin nämlich war das Landmädel schon so städtisch geworden, daß sie, wie die Frauen aller Gesellschaftsklassen, behauptete, „sie hätte nichts zum Anziehen". Aber tatsächlich besaß sie ein rosa Etaminkleid, und der geduldige Vorsitzende unterfuchte in endlosen Umfragen, ob dieses Kleid elegant genug gewesen wäre, um damit auf einen Ball zu gehen (was auch nur in Wien möglich ist). Das allgemeine Gutachten lautete: o ja, man hätte zur Not auch einen Ball damit besuchen können. Und hier wird die schon recht ernste Geschichte plötzlich sehr ernst.

Es dumm und dumpf die Wetti war, ein Jahr Stadtleben hatte schon genügt, daß sie sich über eine Frage ihren dicken blonden Kopf zerbrach, die alle Menschen bis hinauf zum Bundeskanzler beschäftigt: Wie bringen es die Frauen nur zustande, so elegant zu sein? Da waren viele, die kein größeres Gehalt bezogen als Wetti, die sowenig reiche Eltern oder reiche Geliebte besaßen wie sie — und doch immer tiptop waren. Wie ist das möglich? Wetti begriff, daß sie einen Wehrmann, der Börnsonsche Bücher mindestens besitzt, nicht lesseln könnte, wenn sie ihn auf einem Ball durch ein vorjähriges Sommerkleid blamierte. Der brave Wehrmann war durchaus gegen den Mord; aber ob er für ein rosa Etaminkleid gewesen wäre, wenn andere Crêpe de Chine und Seide trugen? — In meiner Gegenwart hielt jüngst ein sehr berühmter Künstler eine leidenschaftliche Rede für die Sparsamkeit und gegen den Luxus; ich fragte ihn ganz bescheiden, ob er wohl gern mit einer Frau auf der Straße ginge, die keine Seidenstrümpfe trüge? Er wurde verlegen: „Man ist es jetzt eben so gewöhnt."

Haben wir Frauen die Männer daran gewöhnt? — Nein, liebe Herren, ihr habt uns daran gewöhnt! Jahrelang ist es mit dünnen Baumwollstrümpfen auch gegangen. Wer nun auf einmal sind wir nicht mehr vollwertig, wenn wir keine Seidenstrümpfe tragen, und so müssen wir sie schaffen. Die Seidenstrümpfe sind nur ein zusammenfassender Begriff für alles, was dazu gehört. Das ist nur in Wien so, wird man sagen. O nein. Es ist in Berlin, London und Paris genau so, jawohl, auch in jenem Berlin, das noch vor zwanzig Jahren furchtbare Assoziationen von hinausgeknöpften Lodenröcken in jedem Ausländer auslöste. Mit der fortschreitenden Amerikanisierung hat die Berlinerin — ich meine jetzt nicht die elegante Shopping-Dame des Kurfürstendamms, sondern auch die in Büros und Läden beschäftigte — gelernt, wie klug ihre amerikanische Kollegin ist, die ihr ganzes Kapital in ihre Person investiert. Und so ist in allen Großstädten der Welt die Frau vielleicht nicht hübscher, aber sicher gepflegter, raffinierter und begehrenswerter geworden.

Aber ich glaube, jetzt sind wir auf dem Punkt, wo sie anfängt, zu übertreiben. Sie kann die Konkurrenz mit ihren geldeglegneteren Mitschwestern nur um einen Preis aufrechterhalten, der zu hoch gegriffen ist. Der österreichische Bundeskanzler, den sie jüngst niedergeschossen haben, und der, man mag politisch wie immer zu ihm stehen, doch ein sehr reiner und weiser Mann ist, hat schon öfters den Kopf darüber geschüttelt. Es ist nämlich volkswirtschaftlich merkwürdig: der Frauenluxus fördert die Industrie, und doch hat die Industrie nie so danieder gelegen wie jetzt. Angenommen selbst, die Frauen fertigten sich, geschickt wie sie geworden sind, vielfach ihre Kleider und Hüte selbst — das Wichtigste, die Stoffe, die hauchdünnen Strümpfe und Schuhe können sie doch nicht selber machen. Sie müssen also gekauft werden — und daß sie gekauft werden, rettet die Industrie dennoch nicht? Erkläre einer dieses Rätsel! Ich kann's nicht. Wie ist die Mode so fostspielig gewesen, wie in diesen Zeiten überall aufzuschnieder großer Not. Ein Beispiel: der so praktische Pagenkopf. Frisieren kann man sich allein — den Pagenkopf selbst stutzen, sich den Nacken ausrasieren, was sehr oft geschehen muß, kann man nicht. Und so scheint es mit vielen „praktischen" Dingen zu gehen.

Dies soll ja nicht etwa eine Philippika gegen den Luxus sein. Es soll nur erklären, warum das kleine Landmädel Wetti in dieser Zeit unmöglich mit einem Sommerkleid auf den Ball gehen konnte, und warum ihre Tante, die eine Prostituierte war und solide Begriffe besaß, den Kopf dazu schüttelte. In dieser Tragikomödie liegen alle Probleme der Zeit. Ich empfehle den Stoff unsern Dichtern.

Die gerettete Volksoper. Eine längere Zuschrift der Großen Volksoper Akt.-Ges. bestätigt im allgemeinen nur die bereits von uns veröffentlichte Meldung, daß die Volksoper ihre Schuld von 4500 Mark bereits an den Besitzer des Theaters des Westens gezahlt habe. Als Helfer in der Not hat der Magistrat Berlin seine Schuldigkeit getan, der Stadt den Fortbestand eines im wahren Sinne gemeinnützigen Unternehmens zu sichern. Das Vorgehen des Baumeisters Schring wird in der Zuschrift mit scharfen Worten verurteilt, da Schring „ein künstlerisches Unternehmen, das als einziges zurzeit Opern spielt, außerdem aber ein Personal von 250 Angestellten mit zahlreichen Angehörigen ernährt, zum Konkurs treiben wollte". Für die Besucher der Großen Volksoper und für ihre Abonnenten besteht bei der gegenwärtigen Sachlage kein Grund zur Beunruhigung wegen des Fortbestandes des Unternehmens.

James Enfor. Im Graphischen Kabinett von Neumann am Kurfürstendamm findet man jetzt eine sehr interessante Ausstellung von Radierungen des Belgiers James Ensor. Man weiß bei uns nicht viel von ihm. Für manche Deutsche aber, die im Kriege nach Ostende kamen, ist die Bekanntschaft mit dieser originellen Künstlerpersönlichkeit, die auch in der Erregung

Die wichtigsten Streitpunkte in London.

Die Durchführung der Räumung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 18. Juli.

Immer deutlicher tritt in die Erscheinung, daß drei Probleme der Konferenz die größten Schwierigkeiten bereiten werden. Es sind dies der Abbau der militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen, die Wiederanwendung von Sanktionen im Falle einer deutschen Nichterfüllung und die Form, in der man sich mit Deutschland über ein Ergebnis der Londoner Konferenz verständigen soll.

Hinsichtlich des ersten Problems stehen sich zwei Auffassungen gegenüber. Frankreich will, daß der Abbau der Sanktionen in Etappen erfolgen soll, je nachdem Deutschland Beweise des „guten Willens" gegeben hat. Ihm kommt es darauf an, daß dieser gute Wille festgestellt wird, bevor ein weiterer Schritt des Abbaus erfolgt. England würde gern sehen, daß im Interesse einer baldigen Auflegung der 40-Millionen-Pfund-Anleihe eine enge terminmäßige Verbindung hergestellt wird zwischen der Verabredung des Dawes-Planes und dem Abbau der Sanktionen. Es möchte gewissermaßen eine Zug um Zug funktionierende Reihenfolge der Anwendungsmaßnahmen und des Abbaus der Sanktionen hergestellt sehen, wobei der zeitliche Zwischenraum zwischen den deutschen und französischen Zügen möglichst kurz, höchstens auf vierzehn Tage bemessen werden soll. Ferner besteht auf englischer Seite eine sehr starke Abneigung dagegen, auf dem Wege der „Beruhigung militärischer Besorgnisse" die strikte Vorschrift des Dawes-Planes zu umgehen, wonach Deutschlands Wirtschafts- und Eisenbahnhoheit vollständig wiederhergestellt werden muß. Die englischen Eisenbahnsachverständigen bezweifeln, daß es möglich sein wird, die rheinischen Eisenbahnen zu dem im Dawes-Plan vorgesehenen Grad der Rentabilität zu entwickeln, wenn das fremde Element von 3—4000 französisch und belgischen Eisenbahnern noch auf viele Jahre hinaus in dem Gesamtkörper des Personals erhalten bleiben soll. Jede politische Spannung zwischen Deutschland einerseits und Frankreich oder Belgien andererseits würde sofort zu unangenehmen Zwischenfällen mit dem gemischten Personal Anlaß geben. Reibungen, die sich aus den grundverschiedenen deutschen und französischen Vorstellungen über die Abwicklung des Dienstes, die Handhabung der Arbeiterschutzbestimmungen und andere Fragen ergeben würden und auch bei bestem Willen aller Beteiligten unvermeidlich sein würden. Die geringste Reibungsfläche innerhalb eines Eisenbahnpersonals bedeutet aber sofort die Verschlechterung des Betriebskoeffizienten um viele Prozente.

Eine Formel für Sanktionen.

Ueber die Meinungsverschiedenheiten in der Frage, was geschehen soll, wenn die Reparationskommission eine vorsätzliche Nichterfüllung Deutschlands in Zukunft feststellen sollte, ist bereits ausführlich berichtet worden. Gestern in später Abendstunde hat man in der ersten Kommission den Versuch gemacht, den Kernpunkt der Meinungsverschiedenheit, nämlich die ausdrückliche und feierliche Verneinung des Rechts eines Alliierten, selbständig Sanktionen anzuwenden, wenn er dies für notwendig hält, durch eine möglichst unbestimmte Fassung eines zu unterzeichnenden Protokolls zu umgehen. Trotzdem hat sich herausgestellt, daß es nicht möglich war, eine einigende Formel zu finden, auch wenn man auf englischer Seite auf das feierliche Versprechen verzichtete, unter keinen Umständen Sonderaktionen vorzunehmen, und auf französischer Seite die ausdrückliche Feststellung des „Rechtes" zu Sonderaktionen fallen ließ. Snowden hat, wie der „Daily Telegraph" meldet, der Kommission folgenden Text vorgeschlagen:

„Wenn der Reparationskommission ein Bericht erstattet wird, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen oder Verpflichtungen auf Grund des Dawes-Planes nicht erfüllt hat, wird ein amerikanischer Bürger, der in den unten festzusetzenden Art zu ernennen ist, an den Erörterungen teilnehmen und berechtigt sein, mit abzustimmen, als ob er auf Grund des § 2 des Zusatzes zum Friedensvertrag ernannt worden sei. Dieser amerikanische Bürger wird 30 Tage nach der Annahme dieses Zusatzantrages durch einstimmiges Votum der Reparationskommission ernannt werden. Wenn die Reparationskommission nicht zu einer einstimmigen Entscheidung gelangen kann, soll die Ernennung dann durch den Vorsitzenden des Haager Schiedsgerichtshofes vorgenommen werden. Die ernannte Persönlichkeit wird ihr Amt fünf Jahre innehaben und kann wiedergewählt werden. Wenn innerhalb dieser fünfjährigen Amtsdauer eine Vakanz eintritt, wird der Nachfolger nach demselben Modus ernannt. Die Ernennung des amerikanischen Bürgers wird von selbst hinfällig, wenn die Vereinigten Staaten durch einen offiziellen Vertreter zu irgendeinem Zeitpunkt in der Reparationskommission vertreten sein sollten. Wenn die Reparationskommission festgestellt haben sollte, daß Deutschland einen Akt der Nichterfüllung begangen hat, werden die interessierten Regierungen im Bewußtsein der gemeinsamen Treuhänderschaft und der zu schützenden Interessen jener Personen, die Geld geliehen haben, sofort darüber beraten, welche Maßnahmen angewendet werden können, um die Regierungen selbst und die Zeichner der Anleihen zu schützen."

Dem § 18 des Zusatzabkommens zum Friedensvertrag wird folgender Zusatz hinzugefügt:

„Keine Maßnahmen, die ein Eingreifen in die wirtschaftliche oder finanzielle Einheit Deutschlands bedeuten oder eine Besetzung deutschen Gebiets außerhalb jenes Gebietes, das in Artikel 428 bis 432 des Friedensvertrages umschrieben ist, dürfen ausgeführt werden, wenn der Generalagent für die Reparationen und der Treuhänder für die fremden Besitzer von deutschen Bonds nicht vorher berichtet, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag oder dem Dawes-Plan offenbar böswillig verletzt habe und diese Verfehlung von der Reparationskommission festgestellt worden ist."

Der französische Text, den Peretti della Rocca formulierte, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn eine Nichterfüllung von der Reparationskommission festgestellt ist, so werden die interessierten Regierungen sofort zusammentreten, um die am schnellsten wirksamen Sanktionen zu ergreifen. Die Sanktionen müssen die baldige Beseitigung der Nichterfüllung zum Ziele haben und beibehalten sein, die normale Ausführung des Dawes-Planes so bald wie möglich herzustellen, um die Interessen der Geldgeber zu schützen und die Zahlung der Reste der Reparationen auf die Schäden, die die Alliierten erlitten haben, sicherzustellen.

Die französischen und englischen Wortführer der ersten Kommission waren der Ansicht, daß diese Texte noch zu weit voneinander abweichen, als daß es der Kommission möglich wäre, einen der beiden Texte zur Grundlage eines gemeinsamen Vorschlages an die Konferenz zu machen.

Der Düsseldorfer Kunstpalast freigegeben.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Düsseldorf, 18. Juli.

Kurz vor Eröffnung der großen Düsseldorfer Kunstausstellung vertrieben die Franzosen die Düsseldorfer Künstlerschaft durch Beschlagnahme des Kunstpalastes aus ihren Ausstellungsräumen und zwangen die Ausstellung, nach Köln zu gehen. Gestern ist in dem Augenblick, in dem die Düsseldorfer Kunstausstellung in Köln fertig war und kurz vor der Eröffnung stand, plötzlich in aller Stille der Kunstpalast in Düsseldorf wieder geräumt worden. Bemerkenswert ist, daß gegenwärtig eine große Reihe alter Kasernen und beschlagnahmter öffentlichen Gebäude vollständig leer stehen, obwohl noch in letzter Zeit neue Beschlagnahmungen, so auch die des Regierungsgebäudes, erfolgt sind. Ein Beweis, daß es sich nur um eine bösartige Schikane gehandelt hat.

Das Hakenkreuz abgelehnt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Wien**, 18. Juli.

Der Wiener Magistrat hat das Ersuchen des „Vaterländischen Schutzbundes" um Zulassung einer Vereinuniformierung, deren wesentliche Merkmale Hakenkreuze auf Kappe und Armschleifen gewesen wären, mit der Begründung abschlägig beschieden, daß das Hakenkreuz wiederholt Anlaß zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gegeben habe.

Demonstrationsstreik der Wiener Post.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Wien**, 18. Juli.

Da die in der Technischen Union vereinigten sozialdemokratischen Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten über die Verhandlungen mit der Regierung bezüglich der Besoldungsreform unzufrieden sind, soll heute ein zweistündiger Demonstrationsstreik im Betriebe der Post, des Telephons und des Telegraphen veranstaltet werden.

---

von Besatzung und Schießerei ganz in ihrer Arbeit im kleinen Hinterstübchen des nämlichen Badeortes versponnen blieb, ein unvergeßliches Erlebnis. So ist es gut, daß man in Berlin einmal Ausführlicheres von ihm hört. Enfor ist als Maler ein Lyriker und Märchendichter funkelnder Farben. Von dem juwelenhaften Reiz seiner merkwürdigen Stilleben gibt das Kronprinzenpalais in einer Probe einen Begriff. Als Radierer ist er Sittenschilderer, phantastischer Moralist, Satiriker von ungewöhnlichen Eigenschaften. Manches läßt noch an Hogarth denken. Anderes klingt an Goya oder an Rops an, namentlich auch in der Technik. Dann wieder hat er etwas von der gespenstischen Tatsächlichkeit des Constantin Guys. Aber das alles wird von einer Gewißheit und einem Formausdruck zusammengehalten, die, bei einer überdochenden Vielseitigkeit, nur ihm gehören. Der Titel einer Komposition, die er dann auch malte: „Christi Einzug in Brüssel", ist bezeichnend für Enfors grüblerisch spielende Erfindung, Realität und Traumhaftes zu mischen. Talentzmgmotive spielen dabei eine Rolle. Ein Künstler von ganz seltenen Fähigkeiten und ein Mensch von tief erregtem Lebens- und Weltgefühl spricht aus jedem dieser Blätter. Enfor klopft seinen Mitmenschen ans Gewissen. Doch aller thematische Reiz geht auf in einer meisterlichen Schwarzweißsprache.

M. O.

Ein weiblicher Universitätsprofessor in Berlin. Die Privatdozentin für allgemeine Biologie und Abteilungsleiterin am Institut für Krebsforschung im Charlottenburger Krankenhaus Dr. phil. Rhoda Erdmann ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Berlin ernannt worden. Fräulein Dr. Erdmann ist zu Hersfeld (Hessen-Nassau) geboren. Sie bestand 1892 die Prüfung für Lehrerinnen und trat, nachdem sie in England und Rumänien als Lehrerin tätig gewesen war, 1899 in den Hamburger Volksschuldienst. 1908 promovierte sie in München in Zoologie als Hauptfach und bestand bald darauf die Oberlehrerprüfung in Berlin. 1908—1913 war sie am Institut für Infektionskrankheiten „Robert Koch" in Berlin als wissenschaftliche Hilfsarbeiterin angestellt, folgte später einem Rufe an die Yale-Universität als Lecturer der Biologie. Seit 1919 leitet sie die neuerrichtete Abteilung für experimentelle Zellforschung am Berliner Universitätsinstitut für Krebsforschung. Im Sommer 1920 habilitierte sie sich in der Berliner philosophischen Fakultät. Frl. Erdmann veröffentlichte eine lange Reihe von Arbeiten auf dem Gebiete der experimentellen Zellforschung, besonders über Reorganisationsvorgänge bei Protisten, ferner aus dem Gebiete der Gewebezüchtung.

Domkapellmeister Engelhard †. Einer der angesehensten katholischen Kirchenmusiker Deutschlands, Professor Engelhard, ist in Regensburg, der Stätte seines verdienstlichen Wirkens, im 65. Lebensjahre gestorben. Gemeinsam mit Karl Weimann trat Engelhard die Nachfolge des Regensburger Petlaten Mustangore Haberl an, des vom Papste zum Ehrenkanonikus der Kathedrale von Palästrina ernannten Domkapellmeisters, dem der Katholizismus die Gründung der durch Franz Liszt angeregten, weitbekannt gewordenen Kirchenmusikschule zu danken hat. Die Schule und den von Haberl geführten, geradezu bewunderungswürdigen Chor des Regensburger Doms, der die beste und anspruchsvollste lateinische Kirchenmusik pflegte, haben die Nachfolger in Ansehen zu erhalten verstanden. Wer je einen hohen Feiertag in dem gewaltigen gotischen Dom des fonst streng romanischen Regensburg verbracht hat, wird sich der künstlerischen Leistung dieser mit der klassischen Polyphonie wohlvertrauten Sängerschar unvöchtig erinnern.

Ablehnung einer jüdischen Universität in Danzig. Der Kommissar des Völkerbundes hat vor einiger Zeit den Senat der freien Stadt Danzig um Aeußerung über den Plan einer jüdischen Universität in Oliva gebeten. Die darauf erfolgte Ablehnung durch den Danziger Senat wird, wie die „Berliner Hochschulnachrichten" mitteilen, folgendermaßen begründet: „Danzig besitzt in der Technischen Hochschule eine Universität, die nur zum kleinen Teil von Danziger Staatsangehörigen besucht wird und an der zum größeren Teil Angehörige anderer Staaten ein gern gewährtes Gastrecht genießen. Durch die Gründung einer zweiten Universität in unmittelbarer Nähe Danzigs würde diese Hochschule geschädigt werden können. Unter ihren Studierenden sind auch Studierende mosaischen Glaubens, und zwar zu einem Prozentsatz, der nicht bloß vom Senat, sondern auch von den Studierenden nichtisraelitischer Herkunft als hoch angesehen wird. Wenn jüdische Staatsangehörige der Republik Polen oder anderer Staaten der Meinung sind, daß an einer Universität in Polen und in anderen Oststaaten den Studienbeflissenen mosaischen Glaubens bisher nicht das ihnen erforderlich erscheinende Entgegenkommen bei der Annahme entgegengebracht worden sei, so wird es ihre Sache sein, in diesen Staaten für eine Aenderung dieser Praxis zu wirken.

„Hinkemann" in Hamburg. Unser Hamburger Theaterreferent berichtet: Ernst Tollers „Hinkemann" erlebte in den Kammerspielen seine Hamburger Uraufführung, dank der Regie und Gestaltung der Hauptrolle durch Heinrich George von Staatstheater Berlin. Einige Kraßheiten waren ausgemerzt, und über der dichterisch oft sehr unzulänglichen Formung wurde die reine Gestimmung und das echt tragische Empfinden Tollers von den Spielern klar. In den Beifall der ersten öffentlichen Aufführung mischte sich nicht der geringste Widerspruch.

P. Th. H.

Musik. Der 48. Jahrgang des Vereinigten deutschen Musikerkalenders Hesse-Stern ist im Druck. Es ist erwünscht, daß alle diejenigen Musiker, die in den Kalender aufgenommen werden wollen, und die noch keinen Fragebogen erhalten haben, sich möglichst umgehend an die Redaktion des Kalenders (Max Hesses Verlag, Berlin W 15, Fasanenstraße 38) wenden. Die Aufnahme erfolgt kostenlos.

Aus den Theatern. Der heutigen Vorstellung von Tollers „Hinkemann" im Residenztheater wird der Dichter beiwohnen.

James Klein (Berlin), der Direktor der Komischen Oper und des Apollo-Theaters, hat Leo Slezak und Selma Kurz für seine nächsten Operettenschlager verpflichtet. Herr Klein soll auch mit Charlie Chaplin zwecks eines Gastspiels in Berlin verhandeln.

Der Oberspielleiter der Oper am Württembergischen Landestheater in Stuttgart, Dr. Otto Ehrhardt, hat um seine Entlassung zur Ablauf seines bis 1926 geltenden Vertrages gebeten, um einen Ruf an die Wiener Volksoper Folge leisten zu können.

Die Einladung an Deutschland.

Das dritte Problem endlich, das mit Deutschland verhandelt werden soll, hat bisher auch zu Abweichungen in den englisch-amerikanischen und französischen Anschauungen Anlaß gegeben. England und Amerika hoffen, daß es im Laufe der nächsten Woche möglich sein könnte, eine deutsche Delegation nach London kommen zu lassen, um mit ihr das von Deutschland und den Alliierten zu unterzeichnende Protokoll festzusetzen. Die Franzosen halten eine Einladung Deutschlands für „überflüssig". Sie versuchen, Rechtsgründe ausfindig zu machen, wonach die Anwendung des Dawes-Planes nichts weiter bedeutet, als die einseitige Festsetzung von neuen Ausführungsbestimmungen zu den Reparationsabschnitten des Friedensvertrages. Dringen sie bei der Kommission mit der Auffassung nicht durch, so werden sie die Auffassung vertreten, daß Verhandlungen am Konferenztisch nicht notwendig seien, sondern daß Deutschlands Einverständnis auf dem Wege des diplomatischen Schriftwechsels eingeholt werden könne, etwa in der Form, daß man der deutschen Regierung die Beschlüsse der Londoner Konferenz mitteilt mit dem Ersuchen, binnen einer bestimmten Frist sich darüber zu äußern, ob Deutschland gewillt sei, das vorgesehene Protokoll zu unterzeichnen, bzw. welche begründeten Bedenken die deutsche Regierung gegen den Text des Protokolls einzuwenden habe. Weniger wesentliche Redaktionsänd.ungen, welche solchen Bedenken Rechnung trügen, könnten auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen mit Berlin vorgenommen werden.

Man rechnet jetzt im allgemeinen damit, daß die Londoner Konferenz vor Ende nächster Woche ihre Arbeiten beendet haben wird. Die nächste Vollsitzung der Konferenz dürfte Montag nachmittag stattfinden. Morgen werden die Delegationen als Gäste der englischen Regierung die Rennausstellung in Wembley besuchen. Nachmittags werden Herriot, Theunis und Stefani mit Macdonald für das Wochenende bis Montag morgen nach Chequers fahren.

Die Dominions nehmen teil.

Drahtmeldung.

London, 18. Juli. (W. T. B.)

Reuter zufolge ist eine Regelung getroffen worden, nach der bei den folgenden Plenarsitzungen der Konferenz die Vertreter der Dominions anwesend sein werden. Man nimmt an, daß die Konferenz nicht länger als zehn Tage dauern wird.

Die Reichsdeutsche Schule in Budapest.

Viele Schüler, kein Geld.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Budapest,** im Juli.

Seit Ungarns politische Gemeinschaft mit allem, was deutsch ist, aufgehört hat — ist in Ungarn das Deutsche wieder ganz besonders modern geworden. „Mégis kuncut a német" — „der Deutsche ist doch ein Schelm", sagt der Ungar — und lernt fleißig deutsch, schickt seine Kinder nach Oesterreich oder Deutschland auf die Universität oder ans Polytechnikum. Den „Schelm" meint er übrigens gar nicht böse. Er will mit dieser Bezeichnung eigentlich die Ueberlegenheit des Deutschen ausdrücken, von dem er vor tausend Jahren die ersten Anweisungen in europäischer Gesittung bekommen hat — und von dem er auch seither rastlos, mit dem ihm eigenen Kulturhunger lernt. Daran hat auch das Aufsören der Gemeinschaft mit Oesterreich und den Bündnissen mit Deutschland nichts geändert. Die Bande, die den Schüler mit dem Lehrer verbinden, sind nicht so leicht zu zerreißen wie die von schlauen Diplomaten sinnig geschlungenen Knoten.

So blüht und gedeiht auch die Budapester Reichsdeutsche Schule ungeachtet der politischen Konstellationen. Sie hat sich eigentlich sozialgen schon „über ihre Verhältnisse hinaus entwickelt" und ihr Leiter, Studienrat Hermann Brinckmann, muß von Jahr zu Jahr die schlauesten Stundeneinteilungen erfinden, um in den paar zur Verfügung stehenden Lehrzimmern die jährlich sich vermehrende Zahl der Haupt- und Parallelklassen unterzubringen. So werden die erste, zweite und dritte Elementarklasse, die wegen des großen Schülerandranges geteilt werden mußten, zur Hälfte von 9 bis ½12 und zur anderen Hälfte von ½12 bis 2 unterrichtet; was wieder nur so geht, daß man die Kleinen an einem und demselben Tage oft in zwei verschiedenen Lehrzimmern unterrichtet, wo eben eines dank der Spitzfindigkeit des Herrn Direktors für eine Stunde frei gemacht werden kann. Aber es geht auch so, und die kleinen Nomaden machen ausgezeichnete Fortschritte. Freilich hat auch alle Stundenplangeometrie ihre Grenzen und die Schule, die sich mit dem nächsten Schuljahr bis zur kompletten Oberrealschule entwickelt haben wird, wird damit ihre Kapazität erschöpft haben.

Von den Schülern der Budapester Reichsdeutschen Schule sind 40 v. H. Reichsdeutsche, ebensoviele Ungarn, 15 v. H. Oesterreicher und 5 v. H. „sonstige": Amerikaner, Engländer, Italiener, Tschechen, Schweizer, Skandinavier, alle Nationen der Kulturwelt sind vertreten, nur — die Franzosen nicht. In diesem Semester werden zusammen 450 Schüler in elf Klassen (vier Elementar- und sieben Realschulklassen) unterrichtet. An Lehrern sind angestellt: ein Akademiker, ein Mittelschullehrer, eine Mittelschullehrerin, zwei Volksschullehrer, zwei Volksschullehrerinnen aus Deutschland, ein ungarischer Akademiker, ein ungarischer Volksschullehrer, ein ungarischer Zeichenlehrer, ein ungarischer akademischer Hilfslehrer, zwei ungarische Religionslehrer. Der Lehrplan entspricht dem der Schulen im Reich, doch ist er erweitert durch den Unterricht in ungarischer Sprache, Geschichte und Geographie, wobei die Anzahl der Unterrichtsstunden durch die ungarische Unterrichtsbehörde festgesetzt wird. Für die Schüler der Elementarklassen mußte auch ein eigener Kurs für den ungarischen Unterricht in allen Lehrgegenständen der ungarischen Elementarschule eingerichtet werden, denn diese Kinder müssen, soweit ihre Eltern ungarische Staatsbürger sind (gleichgültig, ob ungarischer oder deutscher Muttersprache) zugleich Privatschüler einer ungarischen Elementarschule sein und dort von Jahr zu Jahr Prüfung ablegen. Im übrigen legt die Schulleitung selbst Gewicht darauf, daß alle Schüler die ungarische Sprache ordentlich erlernen, auch die reichsdeutschen und die Oesterreicher. Man hofft, daß dafür den Absolventen der Budapester Reichsdeutschen Schule die ungarischen Hochschulen werden geöffnet werden, eine Frage, die im nächsten Schuljahre, wo das erstemal maturiert wird, Aktualität gewinnt. Absolventen ungarischer Mittelschulen werden ohne weiteres an reichsdeutschen Hochschulen aufgenommen, und so ergibt es sich aus dem Grundsatz der Reziprozität, daß auch die — unter der Aufsicht der ungarischen Unterrichtsbehörde erzogenen — Schüler der Budapester Reichsdeutschen Schule in Ungarn zum Hochschulstudium zugelassen werden.

Materiell steht die Budapester Schule recht schlimm. Sie ist ganz auf das Schulgeld und Spenden angewiesen. Früher kam auch von der deutschen Regierung etwas Geld, diese Unterstützung hat aber mit der Verschlimmerung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Reiche ihr Ende gefunden. Auf der anderen Seite steht es aber auch in Ungarn heute schlimm aus, so daß man den Schulerhalt seiner Leine zu großen Opfer auferlegen kann. Es steht zu befürchten, daß mit dem Fortschreiten der schon sehr fühlbaren Sanierungskrise ihre Tragfähigkeit weiter abnehmen wird. Der Geldmangel macht sich besonders bei der Lehrmittelbeschaffung hemmend fühlbar. Dieser Teil des Budgets fällt bei einer Schule, die jährlich eine neue Klasse aufsetzt, noch schwerer ins Gewicht als bei einer vollentwickelten Schule, die nur für Ergänzungen zu sorgen hat. Die Budapester Schule hat noch keinen Turnsaal. In den Wintermonaten geniert sie sich mit der Gastfreundschaft einer ungarischen Schule, doch läßt sich die Stundeneinteilung nur in einigen Klassen so regeln, daß die Kinder eben zu einer Zeit fürs Turnen frei sind, wo der Turnsaal zur Verfügung steht.

Das sind so die Probleme, über die sich Herr Brinckmann in seinem drei mal drei Meter „großen", fensterlosen „Büro" in seinen unterrichtsfreien Stunden den Kopf zerbricht . . .

W. B.

Der Mord an den Gutsbesitzer Baschke.

Ein Lokaltermin auf der Landstraße.

In dem Verfahren wegen der Ermordung des 32jährigen Gutsinspektors Sigismund Baschke aus Bernau fand heute vormittag an der Wegekreuzung Lähme—Börnicke, 5 Kilometer von Bernau, ein Lokaltermin statt. Die als Täter verhafteten Brüder Wallat und der Arbeiter Wesner hatten nach ihrer Verhaftung die Tat zwar eingestanden, aber behauptet, daß sie beim Getreidediebstahl von Baschke überrascht und festgenommen worden wären. Ihren Worten, sie frei zu lassen, habe Baschke nicht entsprochen, und als sie sich gewaltsam von ihm losmachen wollten, habe er auf sie geschossen. In ihrer Wut hätten sie dann Baschke überwältigt, und nachdem Karl Wallat ihn mit einem Knüppel niedergeschlagen habe, hätten sie auch noch einen Feldstein von der Chaussee aufgenommen und ihm damit den Schädel zertrümmert.

Die Untersuchung richtet sich gegen die drei Angeklagten auf Raubmord. Um die widersprechenden Darstellungen zu prüfen, wurden die drei Täter heute vormittag an den Tatort geführt. Dem Lokaltermin, bei dem außer der Zeugenschein-nahme des Tatortes die Vernehmung der Beschuldigten stattfand, wohnten der Untersuchungsrichter beim Landgericht III, Landgerichtsrat Krüger, und der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Frey, bei. Mehrere Transportwagen hatten auf dem Wege über den kleinen, an der Wriezener Bahn gelegenen Ort Seefeld die drei älteren, unscheinbar wirkenden und harmlos aussehenden Angeklagten zu dem Termin übergeführt. An dem stillen Landweg, der nach dem Dorfe Willmersdorf führt, hatten sich nur einige Bauern als Zuschauer in einiger Entfernung aufgestellt. Im wesentlichen handelte es sich bei den Feststellungen darum, daß die Beschuldigten diejenige Stellung einnehmen sollten, die sie bei der Tat innegehabt hatten, während ein Kriminalbeamter die Stellung des getöteten Gutsbesitzers vor seiner Ermordung zu markieren hatte.

Unterschlagungen bei der Darmstädter Bank.

Bei der Darmstädter und Nationalbank in Berlin sind, wie wir hören, in diesen Tagen größere Unterschlagungen aufgedeckt worden. Man spricht von einem Betrage von 400 000 Goldm. Die Verwaltung erklärt uns demgegenüber, daß die Summe nicht so groß sei, und daß die schuldigen Beamten bereits entlassen worden sind. Die Beträge sollen nach Angabe der Verwaltung gedeckt sein.

Die in der jüngsten Zeit sich bedenklich mehrenden Fälle von Unterschlagungen bei Banken dürften für diese der beste Beweis sein, daß ihre Kontrollapparate keineswegs zufriedenstellend arbeiten und dringend einer Revision bedürfen.

Stockholm — Zürich in 18 Stunden. Anfang der nächsten Woche wird der Luftverkehr Stockholm—Berlin—Zürich eröffnet. Die Flugstrecke Berlin—Stockholm entspricht der Luftverkehrsstrecke Berlin—Nürnberg—Fürth, wird aber nicht wie bisher über Malmö, sondern über Kopenhagen laufen. Hiermit würde eine direkte Luftverbindung zwischen Stockholm und Süddeutschland, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz geschaffen werden. Die Luftpost hat nämlich in Nürnberg Anschluß an die Strecke Frankfurt—München, und es besteht die Möglichkeit noch am selben Tage nach Zürich oder Wien zu gelangen. Wenn dieser großzügige Plan verwirklicht wird, so wäre damit ein durchgehender Nacht- und Tag-Luftverkehr von Nord- nach Mitteleuropa geschaffen. Die abends in Schweden zur Beförderung aufgegebene Post würde nach 24 Stunden bereits in Händen der Adressaten in Wien und Zürich sein. Eine derartige Beschleunigung des Geschäftsverkehrs wird sicherlich allgemein begrüßt werden.

Eisenbahnunglück bei Mailand.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Mailand,** 18. Juli.

Ein Zug der Linie Mailand—Rom ist auf der Fahrt nach Novarra gestern morgen auf der Strecke Caronno—Rescaldina entgleist. Man spricht von 4 Toten und 20 Verletzten. Unter den Verwundeten soll sich auch der Stationsvorsteher befinden und unter den Toten ein Zugführer. Die Entgleisung wurde von einem Hindernis, das dem Zug in den Weg gestellt war, verursacht.

Spätere Nachrichten über die Eisenbahnkatastrophe besagen, daß die Zahl der Toten 8 beträgt, die Zahl der Verletzten ist noch nicht genau festgestellt, soll aber zwischen 20 und 60 schwanken, darunter zahlreiche Schwerverletzte. Nähere Einzelheiten über die Katastrophe sind noch nicht bekannt.

Der Versailler Filmzwischenfall.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Wien,** 18. Juli.

Der Bund der Filmindustriellen in Oesterreich hat Schritte unternommen zur Freilassung der in Frankreich verhafteten sechs österreichischen Filmkünstler, die beschuldigt wurden, in Versailles einen obszönen Film gespielt zu haben. Vom Bund wird es als ausgeschlossen erklärt, daß Direktor Kreisler irgendeinen indezenten Film gedreht hätte, und auch darauf verwiesen, daß das von Hans Müller stammende Manuskript kaum irgendeine Anstößigkeit enthalten könne. Der Bund der Filmindustriellen beruft gemeinsam mit den übrigen Vertretungen der künstlerischen und technischen Mitarbeiter der Filmerzeugung Oesterreichs eine große Protestversammlung zur Angelegenheit der in Paris verhafteten österreichischen Filmtruppe ein.

Im Nationalrat wurde eine Anfrage an den Außenminister gerichtet, in der darauf verwiesen wird, daß die Filmgesellschaft isolde der grundlosen Verhaftung ihrer Mitglieder einen Schaden von mindestens einer halben Million Goldmark erleidet, und besonders betont wird, daß die unter den Verhafteten befindliche Frau Marietta Müller erst kürzlich von schwerer Krankheit aus dem Sanatorium entlassen wurde. Ihr geschwächter Gesundheitszustand gebe infolge der Aufregungen der Haft zu ernsten Befürchtungen Anlaß. Der Minister des Aeußern wird gefragt, was die Regierung unternommen habe und zu tun gedenke, um die Filmschauspieler wieder in Freiheit zu setzen und der Gesellschaft einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu verschaffen.

Tragischer Selbstmord eines Zwölfjährigen. In der Feldstraße zu Spandau hat sich gestern abend ein zwölfjähriger Knabe erschossen. Er hatte zwei Mark gefunden, doch glaubte man ihm nicht und sagte, er hätte das Geld gestohlen. Er wurde auch deswegen gezüchtigt. Daraufhin erschoß er sich. Er wurde schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert, wo er in der Nacht um 3 Uhr seinen Verletzungen erlag.

Verhaftung einer Banditin. Heut früh gegen 4 Uhr überfiel die 24 Jahre alte wohnungslose Frieda Borngräber aus Küstrin an der Ecke der Tetzower und Großbeerenstraße den Otto Dubrow, der sich auf dem Wege nach seiner Wohnung am Tempelhofer Ufer befand. Sie schlug mit einem 500 Gramm schweren Hammer auf ihn ein und versuchte, dem Ueberfallenen, als er taumelte, die Aktentasche zu entreißen. Der Ueberfallene erholte sich aber in diesem Augenblick und hielt die Tasche fest, so daß die Täterin, die die Flucht ergriff, nur mehrere Visitenkarten festgehalten werden konnte. Sie wurde dem 102. Polizeirevier und später der Kriminalpolizei übergeben. Da sie völlig mittellos war, dürfte es sich um einen Raubversuch handeln.

Rahardts Verteidiger.

Heute begannen in dem Prozeß gegen den früheren Ehrenobermeister und Prüfobersten der Handwerkskammer, Karl Rahardt, die Plädoyers der Verteidiger.

Rechtsanwalt Dr. Rötter betonte einleitend, daß es nicht Aufgabe des Verteidigers sei, alle Schuld der Angeklagten in Abrede zu stellen. Vielmehr müsse der Verteidiger bestrebt sein, auch das anzuerkennen, was tatsächlich durch die Beweisaufnahme zugunsten der Angeklagten sich ergeben habe. Hierbei müsse der Verteidiger die Verpflichtung auf das Maß zurückführen, das gegenüber den hohen Strafanträgen eine Milderung zulasse, aber immer noch dem Strafanspruch auf Sühne gerecht werde. Karl Rahardt habe die Gelder der Hauptstelle seinem Sohn hingegeben, ohne auf der Danziger Werft für das Handwerk Waren einzukaufen. Hieraus habe sich ein Tatbestand herausgestellt, der zugunsten der Angeklagten spreche. Es lasse sich nicht leugnen, daß sich Rahardt über meitere Beträge der Hauptstelle verfügt habe, und zwar nicht in ihrem, sondern im eigenen Interesse. Es müsse auch zugegeben werden, daß der Kredit, den Karl Rahardt bei der Dresdner Bank in Anspruch genommen habe, seinem Sohne Erich für dessen eigene Geschäfte zur Verfügung gestellt worden sei. Hier setze die Untreue ein. Bei Karl Rahardt habe das Verschulden in einer Unterlassung, denn seine Pflicht wäre es gewesen, seinen Sohn zu kontrollieren. Es entlaste ihn nicht, daß er sage, er habe seinem Sohn vertraut. Ueber seinen Sohn waren ihm ungünstige Berichte zu Ohren gekommen, er hat aber nichts getan, und deshalb müsse bei ihm der Tatbestand der schweren Untreue für erfüllt betrachtet werden.

Der Betrug werde von der Anklage darin erblickt, daß Karl und Erich Rahardt den Verwertungsgesellschaften und der Danziger Werft vorgespiegelt hatten, daß das Handwerk der Käufer sei, während es in Wirklichkeit der Konzern war, der hinter Erich Rahardt stand. In rechtlicher Beziehung lasse sich diese Betrugsanklage nicht halten. Bei Abschluß der Verträge war Erich Rahardt von seinem Vater als Bevollmächtigter für die Vertretung der Hauptstelle bei dem Danziger Geschäft genannt worden.

Der Verteidiger suchte dann in längeren Darlegungen alle Milderungsgründe für die Angeklagten, insbesondere für Karl Rahardt, hervorzuziehen. Nach dem ersten Verteidiger sprach für die übrigen Angeklagten Rechtsanwalt Nauenberg. Das Urteil wird Anfang nächster Woche gefällt werden.

Grunewald.

Sonnabend, 19. Juli, 3 Uhr:

1. Narr—Ore.
2. Höhst—Fichte.
3. Iselberg—Rathorn.
4. Fuchsmajor—Wellerose.
5. Roderich—Stall Stahl.
6. Magnolie—Sydom.
7. Blautopf—Heldin.

Der englische Weltflieger aufgefunden. Der englische Weltflieger McClaren ist, nach einem Londoner Funkspruch, mit seinem Begleiter in einer Bucht der Druppu-Insel an der Südwestküste der Kurilen gesund aufgefunden worden.

Bienenüberfall auf Antwerpen. Wie uns ein eigener Drahtbericht aus Brüssel meldet, ist in Antwerpen ein außerordentliches Phänomen eingetreten. Die Stadt leidet unter einer starken Invasion von Bienen. Die Bevölkerung ist außerordentlich beunruhigt. Die Bienen kommen in Scharen von Millionen an. Sie hängen sich an die Häuserfassaden, an die Bäume und an die Hausfahaden. Die Stadtverwaltung hat unverzüglich Maßnahmen getroffen, um einzuschreiten. Zahlreiche Arbeiter sind bemüht, einzelne Stadtviertel von den Bienen zu befreien.

Kein Rücktritt des hannoverschen Polizeipräsidenten. Die Pressestelle beim Oberpräsidium Hannover teilt mit: Die von Berliner Zeitungen gebrachte, neuerdings auch von hannoverschen Zeitungen übernommene Nachricht, der Polizeipräsident von Hannover, v. Becerath, habe im Zusammenhang mit der Sache Haarmann sein Rücktrittsgesuch eingereicht, ist falsch. Der Polizeipräsident hat sein Rücktrittsgesuch nicht eingereicht.

Schwerer Bahnraub im D-Zug Berlin—Hamburg. Im D-Zuge Berlin—Hamburg wurde dem Hamburger Kaufmann S. Togau auf der Strecke von Büchen bis Hamburg-Hauptbahnhof eine Aktentasche, enthaltend 23 500 Reichsmark und 200 Millionen Markscheine, Verträge und auf den Namen Glogau-Hamburg lautende meitere Schriftstücke gestohlen. Der Tat verdächtig ist ein etwa 30 bis 35 Jahre alter Mann von schlanker Gestalt, groß, hartlos und mit einer Hornbrille versehen. Der Mann war im Besitz eingeliefert und hatte einen großeren Koffer bei sich. Beim Aussteigen auf dem Hamburger Bahnhofe verschwand er eiligst. Die Aktentasche wird er wahrscheinlich, während der Betohlene schlief, aus dem Zugfenster geworfen haben.

Aus dem Fenster gestürzt. In der vergangenen Nacht stürzte sich die Kontoristin Anna Kratsch aus der Potsdamer Straße 84 in angeheitertem Zustande aus dem dritten Stockwerk. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen und einem Beckenbruch wurde sie in das Schöneberger Krankenhaus eingeliefert.

Personalien. Am 21. Juli feiert in seltener Rüstigkeit und Geistesfrische der Seniorchef Carl Markiewicz des Geschäftsparfes gleichen Namens seinen 80. Geburtstag.

Kurzer Tagesbericht. Ein aufregender Vorfall trug sich gestern abend am Lützowufer zu. Dort stürzte sich von der Lützow- auf die Herbertbrücke ein unbekannte, etwa 50 Jahre alte Frau in selbstmörderischer Absicht in den Landwehrkanal. Ein Passant, der Reichsbankexamte Paul Kaiser, aus der Genfer Str. 2 in Schöneberg, sprang der Lebensmüden sofort nach und zog die bereits leblose Frau aus dem Wasser. Die Frau, die anscheinend einen Schlaganfall erlitten hatte, wurde nach der Rettungsstelle in der Eichhornstraße gebracht, wo der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. — Vor dem Hause Berliner Str. 168 in Tempelhof geriet der 54 Jahre alte Schlosser Paul Schmidt aus der Holzmarkstraße 48 unter einen Wagen der Straßenbahnlinie 99, als er den Fahrdamm überschreiten wollte, wo er auf den Schienen ausrutschte. Der Unglückliche wurde überfahren und war sofort tot. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Auf einem Bauplatz in der Knesebeckstr. 85 in Neukölln wurde der 70 Jahre alte Maurer Johann Laskowski aus der Provinz Posen tot aufgefunden. Der alte Mann hat bei der Ausübung des nächtlichen Wachtdienstes einen Herzschlag erlitten. — Der Architekt Karl Spitzberg, der, wie wir gemeldet hatten, gestern beim Einsteigen auf dem Bahnhof Steglitzerort vom Zuge erfaßt wurde, ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Erst vor drei Tagen war die Frau des Verunglückten gestorben.

Wetteraussichten für Berlin und das Reich. Nach Regenfällen kühler mit dösigen, westlichen Winden. Tagsüber zeitweise Aufheiterung.

Aussichten für Berlin: Kühler. Sehr unbeständiges Wetter. Im Osten noch zahlreiche Regenschauer.

(Hierzu eine Beilage.)

Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 339 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Freitag, 18. Juli 1924, abends

Gut behauptet.

Bei stillem Geschäft.

Die Börse zeigte heute eine gut behauptete Haltung; dabei ist zu betonen, daß das Geschäft äußerst gering ist, da, wie übereinstimmend erklärt wird, nur sehr geringe Orders eingegangen sind. Auch die Abgabeneigung ist sehr minimal, da sich das Material überwiegend in guten Händen befindet, die nicht gewillt sind, vorerst größere Abgaben vorzunehmen. Von guter Seite wurden Dt. Luxemburg und Gelsenkirchen zu allerdings kaum veränderten Kursen aufgenommen. Während man den Gang der Londoner Konferenz verhältnismäßig günstig beurteilt, sprach man andererseits wieder von angeblichen Schwierigkeiten, sowie den Unterschlagungen bei der Dana-Bank. Am Kriegsanleihemarkt war es eine Kleinigkeit lebhafter; der Kurs zeigt jedoch keine wesentlichen Veränderungen. In Schutzgebietsanleihen wurden eher Abgaben vorgenommen, so daß sich der Kurs auf 2½ senkte. Im Verlauf hielt die freundliche Grundstimmung im allgemeinen an.

Von Montanwerten konnten Essener Steinkohlen 1½ anziehen, die übrigen Gewinne gingen nicht über 1 hinaus. Kali-, Chemische und Waggonwerte nur um Bruchteile eines Prozents verändert. Am Elektromarkt zogen Siemens Halske um 1⅛ an.

Maschinen, Metall-, Werft-, Textil-, Papier- und Spritaktien gut behauptet, ohne große Gewinne oder Verluste. Am Petroleummarkt verloren Dt. Erdöl ½, später 1, Dt. Petroleum gewannen dagegen ⅛.

Bahn- und Schiffahrtswerte ohne große Umsätze. Am Bankenmarkt zogen Handels-Gesellschaft um 1¼—1½ an.

Unter Kolonialwerten bewegte sich Salitrera zwischen 225,5 und 225,0; Diamond 14,25—14,50; Südsee Phosphat 5—6; Sloman 6,5 bis 7,5; Pomona nannte man mit 50; Kaoko mit 0,25.

Russische Werte zeigten kaum Veränderung. 1902er russische Rente 2,75; Petersburger Intern. 1,4; Russenbank 5,125. Auch in Chadeaktien, die sich auf 1247 stellten, war die Umsatztätigkeit nur gering.

Unter heimischen Renten eröffneten Kriegsanleihe mit 286, gingen vorübergehend bis auf 277½ zurück, um später um 285 zu schwanken. Von preuß. Consols gewannen die 4proz. 5, die 3proz. 15. Ausländische Renten ohne nennenswerte Veränderungen.

Gegen 2 Uhr hielt die freundliche Tendenz zwar an, die Kurse bröckelten aber eine Kleinigkeit ab. Kriegsanleihe nannte man mit 282½ und Schutzgebiet mit 2½.

Der Markt der unnotierten Werte verkehrte in stiller, überwiegend aber zur Schwäche neigender Haltung. Es notierten:

Notierungen in Billionen Prozent.

	18. 7.	Dt. Lastauto	0,70	Ifa	—	J. Roth AG.	3,00
Adler Kohle	5,25	Dt. Petrol.	10,00	Kab. Rheydt	3,50	Ruhland W.	1,10
Agema	0,25	Dortm. Cem.	0,10	Koch Schiff	0,93	Schebera	0,85
AG.f.Petr-I.	2,00	DuxPorzell.	—	Krügersh.	2,00	Schls.-Trier	—
Allemania	0,30	Elektr. Osm.	—	Kurs. Brk.	0,60	Schwerdtfg.	2,00
A. Hochbau	0,90	Evaporator.	0,375	Lerche&Nip	0,18	Jul. Sichel	3,00
Alth.Amb.F.	—	Fraurth. Pz.	7,75	Lloyd-Dyn.	1,00	Stock & K.	0,080
Bayernw.Hz	0,68	Frist.&Ross	55,00	Manoli Zig.	0,40	StoewerMot.	2,00
Beck. Kohle	3,625	Getreide-C.	26,00	Martins&Bl.	0,025	Stralau Glas	9,00
BeckerStahl	1,50	Glückauf B.	0,95	Meurer	0,12	Technik	0,125
Benz	2,25	Görlitz. Ztrf	0,10	MeyerTextil	0,20	Terra-Film	0,40
Bln.-Halbst.	0,09	Grade-Auto	0,125	Muldenthal	0,045	Thür. Uhren	0,50
Brand. Futt.	—	Grade-Mot.	0,70	Müll. Kaffee	0,40	Tiag	0,325
Brown Bov.	0,60	Großkr. Fr.	2,75	Nation. Film	0,425	TriererWlz.	8,50
Buciag	—	Hannov Kali	7,00	N. Boden Vz.	0,25	Tuchsch.Hlz	0,90
*C. Hisp arg	283,00	Hasse & Co.	0,70	Nicolai Tab.	0,30	Ufa	4,00
*do. span.	288,00	Heldburg	23,00	Nienbg. Eis.	0,425	Ummendorf	0,35
*do. Aktien	1247,0	Hintz Grün.	0,075	NiwelZigar.	0,015	Vema	—
Chem. Hahn	0,06	Hochfrequ.	0,35	Oehring.Bg.	—	Vogtldr.&S.	—
Chem Lübbe	0,09	Holsatia	0,35	Olea	3,00	Warenkrbk.	—
Dauerwsch.	0,09	Holzm. Glas	0,30	OswaldFilm	0,03	Zehlend.-W.	1,75
Dt. Chem. W	0,075	Huttenloch	0,50	Pose	0,20	Zeitz. chem.	3,75
Dt. Wld. u. H.	0,125	Ibag	0,30				

* In Mark per Stück.

*

Frankfurter Börse.

Die Haltung der heutigen Börse war schwach. Auf dem Anleihe- und Rentenmarkt war es heute wesentlich ruhiger als an den letzten Tagen. Reichsanleihe 0,27½—0,28½, Schutzgebietsanleihe 2,6 bis 2,8, II. Bagdadanleihe 6⅞, Zolltürken 6¾, Api 1⅞, Kabelwerk Rheydt 3¾, Becker Kohle 3⅝, Ufa 4, Licht und Kraft 6, Brown Boveri 0,70, Hansa Lloyd 0,40, Petroleum 10. Geldmarkt weiter erleichtert. Monatsgeld wurde zu 1¼ pCt. ausgeliehen. Tägliches Geld unverändert etwa ¼ pro Mille.

Hamburger Börse.

An der heutigen Börse war die Tendenz im allgemeinen behauptet. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen und es kam nicht zu wesentlichen Kursveränderungen. Für Banken und Schiffahrtswerte zeigte sich wenig Nachfrage, so daß die Kurse hier und da etwas zurückgingen. Eisenbahnwerte lagen dagegen recht fest. Am Markte der lokalen Industriepapiere herrschte Angebot, das die Kurse leicht drückte, ohne daß es aber zu wesentlichen Veränderungen kam. Tägliches Geld ¾ bis 1 pro Mille.

Deutsche Golddiskontbank. Nach der Wochenübersicht der Deutschen Golddiskontbank vom 15. Juli hat der Bestand an Wechseln und Schecks eine leichte Vermehrung um 0,03 auf 6,98 Mill. Pfd. Sterl. erfahren. Die täglich fälligen Forderungen im Auslande sind dagegen um 0,6 auf 0,13 Mill. Pfd. Sterl. zurückgegangen. Die sich hieraus ergebende Differenz von 0,03 Mill. Pfd. Sterl. kommt weiterhin in dem Rückgang der täglich fälligen Verbindlichkeiten auf 0,40 Mill. Pfd. Sterl. zum Ausdruck. Die Giroverbindlichkeiten haben eine kleine Abnahme auf 5,25 Mill. Pfd. Sterl. erfahren.

Zahlungseinstellung einer Kopenhagener Bank. Die Kopenhagener Disconto- und Revisionsbank hat gestern, wie uns gedrahtet wird, ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank, die 1922 mit einem Aktienkapital von 36 Millionen Kronen wieder ihre Tätigkeit aufnahm, ist nach Ansicht der Verwaltung zahlungsfähig, bedarf aber, um die Krise zu überstehen, neuer Kredite. Die anderen Banken haben es jedoch abgelehnt, eine Stützungsaktion zu unternehmen. Die Einleger dürften keine Verluste erleiden. Die Einbuße an Aktienkapital läßt sich indes zur Zeit noch nicht berechnen.

Rhederei A.-G. von 1896, Hamburg. Die Gesellschaft, die sich mit der Roland-Linie A.-G., Bremen, verschmelzen will, schließt das Geschäftsjahr 1923 mit einem Verlust von 250 291 Bill. M. ab. Im Jahr 1923 erwarb sie die Aktienmajorität der Continentalen Schiffahrtslinie A.-G. und der Continentalen Rhederei A.-G.; während mit letzterer im Oktober ein Fusionsvertrag abgeschlossen wurde, wurde die erstere zur Umstellung der „Ora" Versicherungsgesellschaft m. b. H. in eine A.-G. benutzt, dessen Kapital sich im Besitz der Gesellschaft befindet. Eine Besserung der Geschäftslage ist nicht eingetreten, das Ergebnis ist vielmehr durch hohe Löhne, häufige Streiks und große Steuer- und Zinslasten unbefriedigend geworden. Die kleinen Schiffe sind in einem regelmäßigen Liniendienst mit Erfolg beschäftigt gewesen. Die in der freien Fahrt beschäftigte Tonnage litt unter gedrückten Frachtraten. Im Laufe des Jahres wurde die Gesellschaft auch von einer Anzahl schwerer Havarien betroffen. In der Bilanz stehen Buchwerte mit 3 621 018, Kassenbestand mit 7510, Bankguthaben mit 85 191, Wertpapiere mit 241 011, Schuldner mit 701 752 und Verlust mit 250 291, dagegen Hypotheken mit 71 250 und Gläubiger mit 4 535 527 Bill. M. Die Bilanz bietet daher ein äußerst ungünstiges Bild, insbesondere, da die Buchwerte mit einem für eine Papiermarkbilanz sehr hohem Betrage eingesetzt sind, während das Grundkapital gar nicht in Erscheinung tritt. Bei der Goldumstellung dürfte somit das Grundkapital kaum die Höhe von einigen 100 000 M. überschreiten können, und die Zusammenlegung daher sehr scharf ausfallen. Aber abgesehen davon, zeichnet sich die Bilanz durch außerordentlich starke Illiquidität aus, da fast die gesamte Bilanzsumme auf der Passivseite von den Gläubigern eingenommen wird, denen als wesentliche Posten auf der Aktivseite fast nur feste Anlagen gegenüberstehen. Die Fusion mit der Rolandlinie scheint daher nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen vor sich zu gehen.

Stinnes und „Ilse". Mehrfach hatten wir Gelegenheit, unsere Auffassung dahin zum Ausdruck zu bringen, daß der überragende und jede andere Strömung fernhaltende Einfluß der in der Inflationszeit geschaffenen Schutzaktien nicht gerade ein erwünschter Zustand wäre. An sich wäre deshalb gegen das Vorgehen der Opposition bei der Ilse Bergbau A.-G. nichts einzuwenden, wenn es sich dabei lediglich um eine Gegenwehr von seiten der freien und unabhängigen Stammaktionäre handeln würde. Indessen scheinen die Dinge anders zu liegen. Sowohl die Vorgänge in der gestrigen G.-V., wie auch die Versionen, die über die Angelegenheit verbreitet sind, deuten darauf hin, daß die Opposition, gelinde gesagt, nicht ohne Fühlungnahme mit dem Hugo-Stinnes-Konzern ist. Dieser besitzt, wie bekannt, bereits große Braunkohleninteressen; wir erinnern an Riebeck Montan und an die Braunschweigischen Kohlenbergwerke. Nunmehr scheint der Stinneskonzern auch sein Augenmerk auf die „Ilse" gelenkt zu haben, wodurch er, im Falle des Gelingens seiner Absicht, seinen Einfluß auch auf das Niederlausitzer Braunkohlenrevier ausdehnen würde. Tatsache ist jedenfalls, daß in der gestrigen G.-V. der Ilse ein Direktor des Stinneskonzerns zusammen mit den opponierenden Rechtsanwälten gegen die Verwaltung der Ilse stimmte.

Privatisierung der anhaltischen staatlichen Salzwerke. Der anhaltische Landtag stimmte, wie uns unser Dessauer Korrespondent drahtet, einem Gesetzentwurf zu, der das staatliche Salzwerk und die chemische Fabrik in Leopoldshall modernisiert und auf eine privatwirtschaftliche Grundlage stellt. Der anhaltische Staat gründet zu diesem Zweck eine G. m. b. H., für die der Landtag die erforderlichen Mittel bereitstellt. Das staatliche Salzwerk bildete vor dem Kriege mit seinen Kalierzeugnissen das Rückgrat der anhaltischen Finanzen, war aber infolge der Abtretung der elsässischen Kalifelder an Frankreich in letzter Zeit nicht mehr konkurrenzfähig.

Die Sanierungsfrage beim Stahlwerk Becker. Zu den Sanierungsbestrebungen beim Stahlwerk Becker meldet die „Rhein.-Westf. Ztg.", daß hinter der holländischen Gruppe, mit der, wie wir bereits gestern meldeten, die Beckergruppe in Verhandlungen steht, die belgische Firma Ougrée Marihaye stehe, die vornehmlich die Koksproduktion der Zeche Präsident in ihren Besitz bringen möchte. Mit einer Verwirklichung der Sanierung auf diese Weise sei aber kaum zu rechnen. Bei den nach anderer Richtung geführten Sanierungsverhandlungen wäre die Unterstützung der Stadt und des Kreises Krefeld durch Kredithergabe erforderlich. Eine volle Befriedigung der Gläubiger erscheine natürlich ausgeschlossen. Doch lasse sich noch nicht übersehen, welche Quote an die Gläubiger verteilt werden könne.

Ein neues Edelstahlwerk. Unter dem Namen Edelstahlwerk A. Peiniger & Co., A.-G. in Haspe, ist mit einem Aktienkapital von 100 000 Goldmark eine neue A.-G. errichtet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen der Metall-, insbesondere der Stahlindustrie und die Uebernahme und Fortführung des unter der Firma A. Peiniger & Co. in Haspe betriebenen Edelstahlwerkes.

Vorläufig keine Betriebsstillegung bei Heinrich Lanz. Von der für Ende der Woche angedrohten Betriebsschließung der Maschinenfabrik Heinrich Lanz in Mannheim wird vorläufig, wie uns unser Korrespondent drahtet, Abstand genommen. Es wird in der nächsten Woche in dem bisherigen Umfange weiter gearbeitet. Die Kreditverhandlungen haben einige bestimmte Ergebnisse gezeitigt. Von einer endgültigen Ueberwindung der Schwierigkeiten kann aber noch nicht gesprochen werden.

Kapitalumstellung bei der Zuckerfabrik Froebeln. In Aufsichtsrat beschlossen, der G.V. Kapitalumstellung auf Gold per 1. Januar 1924 im Verhältnis von 12½:1 vorzuschlagen, so daß 1000 M. altes Kapital in Goldmark 80 umgewandelt werden. Ferner wird Verlegung des Geschäftsjahres dergestalt beantragt, daß das 20. Geschäftsjahr vom 1. Mai bis 31. Dezember 1923, das 21. Geschäftsjahr vom 1. Januar 1924 bis 31. August 1924 läuft und die weiteren Geschäftsjahre vom 1. September bis 31. August dauern. Von Verteilung Dividende Papiermarkabschluß per 31. Dezember 1923 soll Abstand genommen werden.

Eine Auslandsanleihe Dänemarks? Bei der ersten Sitzung des neugebildeten Valutarates machte Staatsminister Stauning bekannt, die Regierung trage sich mit der Absicht, eine Auslandsanleihe in nächster Zeit aufzunehmen.

Berliner Produktenverkehr.

Die Tendenz an der heutigen Berliner Produktenbörse blieb behauptet. Nachdem sich der Handel und die Mühlen in den Tagen genügend eingedeckt hatten, kam heute eine gewisse Beruhigung zum Ausdruck, wobei aber zu bemerken ist, daß dadurch das Angebot keineswegs dringlicher wurde. Getreide, namentlich Weizen, liegt international, ganz besonders aber in Amerika, weiter sehr fest, so daß auch die hiesigen Preise trotz der Zurückhaltung der Käufer sich im allgemeinen behaupten konnten.

Rauhfutter: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,50—0,60, do. Haferstroh 0,40—0,50, do. Gerstenstroh 0,40—0,50; Roggenlangstroh und bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh Preise verschieden, je nach Frachtlage; Häcksel 0,80—0,85, handelsübl. Heu, altes 1,15—1,35, do. neues 1,00—1,20; gutes Heu, altes 1,75—1,95; do. neues 1,30—1,60; Milizheu —; Kleeheu, neu 1,90—2,10.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 18. Juli.
Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches.
Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	172—178	173—180	Vikt.-Erbs.	20,00—22,00	20,00—21,00
„ pomm.	—	—	Kl. Speise-	14,00—15,00	14,50—15,00
„ schles.	—	—	Futtererbs.	14,00	14,00
Roggen, märk.	140—147	142—148	Peluschken	14,00	14,00
„ pomm.	—	—	Ackerbohn.	14,00—15,00	—
„ meckl.	—	—	Wicken	15,00—16,00	15,00—16,00
„ westpr.	—	—	Lupin. blaue	9,50—10,00	9,50—10,00
Gerste, Brau-	160—170	160—170	do. gelbe	ohne Ang.	16,00—17,00
„ Futter-	155—160	155—160	Serradella	—	—
Hafer, märk.	142—147	142—148	Rapskuchen	11,00	10,50—10,60
„ pomm.	—	—	Leinkuchen	19,00—20,00	19,00—20,00
Mais loko Berlin	—	—	Trocken-		
waggonfr. Hamb.	—	—	schnitzel	8,80—9,00	8,80—9,00
Weizenmehl	24,50—28,00	24,50—28,00	Vollw. Zuck.		
Roggenmehl	22,00—24,50	22,00—24,50	Schnitzel	18,00—19,00	18,00—19,00
Weizenkleie	9,60—9,70	9,20	Kartoffel-		
Roggenkleie	9,60—9,70	9,50—9,60	flocken	21,00—21,50	21,00—22,00
Raps	260	255—260	Torfmelasse		
Leinsaat	330	330	Mischg. 30/70	—	—

Tendenz: Getreide ruhig, Mehl still, Kleie, Raps fester, Leinsaat stetig.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in Billion. M)		18. Juli	17. Juli
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinigung f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)		119,00	119,00
Originalhüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverb.)		—	—
Notierung d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer, 99-99,3 pCt f. 1 kg in Billion. M		1,02—1,03	1,03—1,04
Originalhüttenweichblei	do.	0,57—0,58	0,57—0,58
Hüttenrohzink, Preis im freien Verk.	do.	0,56—0,58	0,56—0,58
Remelted Plattenzink	do.	0,48—0,49	0,48—0,49
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	do.	2,20—2,30	2,20—2,30
do. do. in Walz- od. Drahtbarren	do.	—	—
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	do.	4,30—4,40	4,35—4,45
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	do.	4,20—4,30	4,25—4,35
Reinnickel	do.	2,30—2,40	2,30—2,40
Antimon-Regulus	do.	0, 4—0,66	0,64—0,66
Silber in Barren ca. 900 fein	do.	90,50—91,50	90,50—91,50

Devisen-Bewegung.

Weitere Verminderung des Gesamtbedarfes.

Wenn auch in einigen Nebenvaluten heute die Ansprüche etwas höher sind, so steht dem doch wieder ein leichter Rückgang des Bedarfes in anderen, besonders in Hauptvaluten, gegenüber, so daß im allgemeinen keine wesentliche Veränderung gegen gestern eingetreten ist, eher aber eine Verminderung des Gesamtbedarfs festzustellen ist. Bei der Kursfeststellung wurden auch heute die Notierungen meist streng paritätisch vorgenommen, so daß die Abgabeneigung infolgedessen nicht sehr erheblich war.

Stärkeres Angebot erfolgte zunächst in Christiania und Kopenhagen, da sie anfänglich über Parität errechnet wurden. Ein Teil des Angebots wurde allerdings zurückgezogen, weil die Kurse auf Parität gesetzt wurden. Im einzelnen kamen etwa heraus 40 000 holl. Gulden, rund 100 000 norw. Kr., 255 000 dän. Kr.; auch in Belgien, Paris und Spanien erfolgten nennenswerte Abgaben.

Soweit ein Ausgleich im Markte nicht erfolgte, wurde er durch die Reichsbank herbeigeführt, die hierzu angesichts des allgemein geringen Bedarfs doch keineswegs erheblicher Mittel benötigte. Am Notenmarkte blieb das Geschäft normal.

Die Kurse schlossen sich der internationalen Bewegung an, dabei ist vor allem festzustellen, daß London, Paris, auch die nordischen Valuten und Italien international schwächer liegen. Im Usancenverkehr stellte sich hier London gegen Kabel New York auf 4,36½—¾, London gegen Paris auf 85⅝—⅞ nach 86, London gegen Holland 11,52½ bis 53½ und London gegen Schweiz 24,01—03. Die Mark zeigt kaum Veränderungen.

Berliner amtliche Devisenkurse.

In Billionen Mark.

Telegr. Auszahlungen Reichsbank-Diskont*)		Bank-Diskont	18. 7. Geld	18. 7. Brief	17. 7. Geld	17. 7. Brief
Holland	100 Gulden	5	158,70	159,50	158,55	159,35
Belgien	100 Frank.	6	19,10	19,20	19,10	19,20
Christiania	100 Kron.	6	56,26	56,54	56,31	56,59
Kopenhagen	100 Kron.	7	67,58	67,92	68,03	68,37
Schweden	100 Kron.	5½	111,37	111,93	111,37	111,93
Danzig	100 Gulden	12	73,18	73,54	73,30	73,66
Helsingfors	100 finn. M.	9	10,42	10,48	10,47	10,53
Italien	100 Lire	5½	18,00	18,10	18,05	18,15
London	1 Lstr.	4	18,295	18,395	18,325	18,415
New York	1 Dollar	3½	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100 Frank.	6	21,40	21,50	21,60	21,70
Schweiz	100 Frank.	4	76,21	76,59	76,21	76,59
Spanien	100 Peseten	5	55,46	55,74	55,01	55,09
Deutsch-Oest. abg.	100000 Kron.	12	5,92	5,94	5,92	5,94
Prag	100 Kron.	6	12,42	12,48	12,41	12,47
Budapest	100000 Kron.	18	5,115	5,135	5,04	5,06
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,345	1,355	1,345	1,355
Bulgarien	100 Leva	6½	3,01	3,03	3,01	3,03
Japan	1 Yen	—	1,73	1,74	1,73	1,74
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,405	0,415	0,385	0,395
Jugoslawien	100 Dinar	—	4,95	4,97	4,95	4,97
Portugal	100 Escudos	—	11,07	11,13	11,07	11,13
Konstantinopel	1 türk. Lstr.	—	2,13	2,15	2,125	2,145

*) Wertbeständiger Diskont 10%, do. Lombard 12%.

Moskau, 17. Juli. Devisen. (Kurse der Moskauer Börse.) 1 Tscherwonez gleich 500 000 Rubel, Emission 1923; 1000 engl. Pfd. gleich 845 Tscherwonzen; 1000 amerikan. Doll. gleich 193¾ Tscherwonzen.

Paris, 18. Juli. (Eigene Drahtung.) Devisenkurse der Vorbörse: London 85,85; New York 19,66; Italien 84½; Prag 58; Wien 28; Rumänien 8,90; Schweiz 358.

*

Die gestrige starke Kurssteigerung der Dollarschatzanweisungen hat die Wirkung gehabt, daß sich die Nachfrage sehr erheblich vermindert hat; vor allem die größeren Bankfirmen, die in der letzten Zeit ständig Interesse für die Dollarschatzanweisungen an den Tag gelegt hatten, traten heute als Käufer nicht in Erscheinung. Das Angebot war andererseits ebenfalls nicht erheblich, war aber für den Ausgleich ausreichend. Der Kurs, der gestern um 2 auf 83 pCt. heraufgesetzt worden war, wurde um ebensoviel heute, d. h. auf 81 pCt., wieder ermäßigt. Goldanleihe 4,2 Bill., Gold-K-Schätze 600 Milliarden.

Rückgang der englischen Roheisenproduktion. Die englische Produktion an Roheisen betrug im Juni 607 800 To. gegen 650 900 To. im Mai und 692 900 To. im Juni vorigen Jahres. Ende Juni befanden sich 185 Hochöfen im Betrieb, 6 weniger als am Anfang des Monats, womit der niedrigste Stand seit Januar 1923 erreicht worden ist. Die Roheisenerzeugung umfaßte 181 100 To. Hämatit, 222 200 To. Thomaseisen, 144 200 To. Gießereieisen und 35 600 To. Schmiederoheisen. Die Stahlerzeugung betrug 631 500 To. gegen 809 700 To. im Mai und 767 700 To. im vorigen Jahre.

Goldumstellung der Metallwarenfabrik H. A. Erbe, Schmalkalden. In der von der Gesellschaft vorgelegten Eröffnungsbilanz sind Werkanlagen mit 500 000, Maschinen mit 250 000, Warenvorräte und Materialien mit 627 176, Schuldner mit 259 550, Bankguthaben mit 7806, Wertpapiere mit 1871, wertbeständiges Steuerkonto mit 5117 und Kassabestand mit 3997 Gm. angesetzt. Dagegen belaufen sich die Verpflichtungen au four 55 518 Goldmark, so daß als Eigenkapital 1,6 Mill. Gm. verbleiben kann, was einer Zusammenlegung von 5:1 entspricht. Die Bilanz wurde in allen Teilen von der G.-V. am 26. Juni genehmigt.

Schlesische Elektrizitäts- und Gas-A.-G. Vorschläge der Verwaltung wurden von G.-V. einstimmig gebilligt. Danach wird Reingewinn 117 003 Bill. M. vorgetragen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt Jacob Goldschmidt, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank. Verwaltung ist mit Aufstellung Goldbilanz beschäftigt. Ueber Zusammenlegung Aktienkapitals könne jetzt schon so viel gesagt werden, daß der augenblickliche Kurs der Aktien im Verhältnis zur voraussichtlichen Umstellung als mäßig angesehen werden könne.

Berlin-Gubener Hutfabrik A.-G. vorm. A. Cohn, Berlin. Das Inlandsgeschäft wurde in 1923 durch die Inflation stark behindert; am Jahresschluß jedoch waren die Betriebe wieder wieder voll mit Arbeit versorgt. Die Aufstellung der Goldmarkeröffnungsbilanz wird demnächst erfolgen. In diesem Jahre waren die Betriebe bisher voll beschäftigt. Der Auftragsbestand ist in allen Abteilungen noch sehr erheblich und es wird an sich eine Beschäftigung auf 3—4 Monate sicherstellen; indes legen die Geldverhältnisse Beschränkungen auf, die bei längerem Anhalten zu starker Abdrosselung der Produktion führen müßten. Ueberschuß 494 727 Bill. M. auf neue Rechnung. Bilanz (Bill. M.): Inventur 808 518, Debitoren 1 957 699, Wertpapiere 19 852, Wechsel 63 674, Kasse 29 426, Kreditoren 2 377 443.

Verlustabschluß bei der Portland-Zementfabrik Rudelsburg A.-G., Kösen. Bilanz für 1923 verzeichnet Verlust 37 017 Bill. M. Schulden belaufen sich auf 60 293 Bill. M. Diesen stehen 12 027 Bill. M. Forderungen gegenüber.

Ueber 2000 Firmen unter Geschäftsaufsicht. Die Zahl der unter Geschäftsaufsicht stehenden deutschen Firmen ist nach den bisherigen Feststellungen des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels auf weit mehr als 2000 angewachsen. Die tägliche Zunahme betrug in den letzten Tagen durchschnittlich 26 Firmen. Erfreulicherweise macht sich die Wirkung der Novelle zur Geschäftsaufsichts-Verordnung dadurch bemerkbar, daß jetzt täglich durchschnittlich 21 Geschäftsaufsichten aufgehoben werden, so daß zu hoffen ist, daß in Kürze alle unlauteren und konkursreifen Elemente aus der Geschäftsaufsicht ausgeschieden sein werden.

Weiterer Verlauf der Börse.

Am hiesigen Geldmarkt waren heute keine Veränderungen und auch keine besonderen Erscheinungen zu beobachten. Tägliches Geld war nominell ½—¼ pro Mille pro Tag, während valorisierte Monatsdarlehen sich auf 1½—2 pCt. pro Monat stellten.

Nach 2 Uhr Berlin-Karlsruher Industrie-Aktien mehrere Goldprozente höher, und zwar unter dem Einfluß ausländischer Kaufaufträge.

Am Markt der Kassaindustriepapiere war die Stimmung überwiegend freundlicher, doch mußten sich einige Werte noch stärkere Kurseinbußen gefallen lassen, u. a. Flensburger Schiffsbau — 3, König Wilhelm — 3, Ver. Glanzstoff — 2¼, Baer u. Stein — 1⅝, Caroline — 2, dagegen waren Kohlendestillation mit + 2⅞ stärker erholt.

2 - Uhr - Kurse.

Daimler 1,8, Hirsch-Kupfer 15,12, Hammersen 7,25, Ilse 11,5, A. E. G. 6,6, Ges. für El. 12,6, Schuckert 27,75, Elektr. Licht 6,25, Laurahütte 3,75, Dt. Lux 43,65, Gelsenkirchen 44,62, Caro 8, Oberbedarf 7, Phönix 22,5, Harpener 48, Hohenlohe 14, Rheinstahl 18,5, Riedel 3, N. A. G. 1,4, Schultheiß 13, Orenstein 9,8, Leonh. Tietz 3,37, Salzdetfurth 9,87, Tel. Berliner 3,25, Elektr. Hochbahn 38,62, Hamburg-Packet 18, Nordd. Lloyd 3,87, Hansa 7,3, Hamburg-Süd 27,1, Kriegsanleihe 275 Milliarden, Bank el. Werte 3, Barmer Bankverein 1,1, Disconto 8, Darmstädter 6,3, Mitteldeutsche 1,75, Berliner Handel 21,12, Dt. Bank 7,2, Dresdner 4.62, Commerzbank 4, Sloman 7, Salitrera 222,5, Diamond 14,25, Dt. Petroleum 9,9, Dt. Erdöl 31,25.

*

Ostdevisen: Warschau 79,49—81,51, Bukarest 1,84—1,86, Riga 80,93—82,57, Reval 0,90—0,92, Kowno —, Kattowitz 79,44—81,46. Noten: Zloty 77—81, Lat —, Estn. Mark 0,845—0,895, Lit 39—41.

Kapitalzusammenlegung bei der Vera-Filmwerke A.-G., Hamburg. Das gegenwärtig 50 Mill. M. betragende Aktienkapital wird, wie wir hören, im Verhältnis von 200 : 1 auf 250 000 Goldm. zusammengelegt und gleichzeitig wieder um 250 000 Goldm. erhöht werden, so daß insgesamt 500 000 Goldm. sich ergeben.

Brasilianische Bank für Deutschland. Die in Rio de Janeiro zu errichtende neue Bank, deren Aktiven und Passiven der Brasilbank übereignet werden sollen, wird, wie uns die Verwaltung mitteilt, mit einem Kapital von 20 Mill. Milreis gegründet.

Seltene Notierung von Eisenbahnaktien. Der Markt der deutschen Eisenbahnaktien zeigt, weil diese Papiere besonders gut klassiert sind, zumeist ein ruhiges Aussehen. So wurden Reinickendorf—Liebenwalder Aktien gestern zum ersten Male nach einer sehr langen Pause wieder notiert, und zwar mit 31 Goldprozent; heute gewannen sie gegenüber dem gestrigen Kurse 5 Goldproz., so daß sie auf 36 stiegen. Ferner sind die Aktien der Marienborn—Bendorfer Eisenbahn seit etwa einem halben Jahre überhaupt nicht notiert worden. Jetzt endlich will man den Versuch machen, sie wieder auf dem Kurszettel erscheinen zu lassen und zwar soll das am nächsten Mittwoch geschehen.

Düsseldorfer Musterschau 1924. Für die diesjährige Düsseldorfer Musterschau ist, wie man uns drahtet, die Zeit vom 10.—15. August vorgesehen.

Einstellung der Kartoffelnotierungen. Die Katroffelkommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Notierungen bis zum 8. August einzustellen.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 18. Juli 1924

Fortlaufende amtliche Notierungen

Festverz. Werte			Einh.-Kurse heute	vor.
Dt. Doll. Sch.			81,00	83,00
Dt. Schatz 16 IV-V	4½		—	175
do. 6-9 Agio	4½		—	165
do. fällig 24	4½			
Dt. Reichs-A.	5	286-275	278	281
do.	4	530	550	525
do.	3½	430	430	415
do.	3	960	960	960
Pr. Schatz	7-15		17,00	17,00
do. 24	5		—	—
do. 1.5.25	5		—	—
do. ausl.	4		—	—
do. Hibernia	4½		—	—
Pr. kons. Anl.	4	425	435	420
do.	3½	412	413	412,50
do.	3	435	435	416
Bayer. St.-A.	4		610	605
do.	3½		600	590
In Billionen Prozent				
Mazed. Gold	3		6,75	6,88
Mexik. Anl.	5		38,50	38,00
do.	4		—	—
Mexik. Bew.	4½		—	—
Oest. Sch. 14	4½	6,00	6,00	6,00
Dam. Eis.-A.	4½		1,60	1,75
Oest. Gold-R.	4		7,75	7,60
Oest. Kr.-R.	4		0,725	0,725
do. konv. J.J.	4		0,725	0,60
do. knv. M.N.	4		—	—
do. Silber	4½		—	0,80
do. Papier	4½		—	—
Türk. B.-E.	4	8,25	8,00	8,38
Türk. unt.	4	6,90	6,50	7,13
do. 06	4		—	—

Türk. Zoll-A.	4	6,75	6,63	7,00
Türk. 400 F.	—		19,50	20,00
Ung. St. R. 13	4		2,88	—
Ung. St. R 14	4½	3,00	3,00	—
do. Gold-R.	4	4,50	4,40	4,40
do. St. R. 10	4		4,88	—
do. Kr.-Rt.	4	0,72	0,80	0,75
Liss. St. I II		2,60	2,50	2,50
Anat. E. S. 1	4½		7,63	7,88
do. 2	4½	5,88	6,00	6,10
Lomb.-O. 2,6	—		—	7,00
Lomb. neue	—		—	6,88
Tehuant.-N.	5		—	18,75
do.	4½		—	—
Franzosen	—		27,50	24,50
Baltimore	—		29,00	29,80
Canada Abt.	—	17,63	17,40	17,80
Schantung	0	0,65	0,70	0,65
Dt. Austr. D.	0	17,00	—	16,25
Hbg.-Am. P	0	18,00	18,40	18,20
Hb.-Südam.	—	27,25-27,10	27,10	27,13
Hansa	0	7,10-7,30	7,30	7,25
Kosmos	0	12,25		12,00
Nordd. Lloyd	0	3,88	3,88	3,80
Roland Linie	0	7,90	7,90	—
Stett. Dampf	—		2,30	2,20
Verein. Elbe	0	1,90	1,88	1,80
Elektr. Hochb	0	38,63	38,63	38,25
Bank el. W.	—	3,13-3,00	3,00	3,13
B. f. Brauind.	—	1,10	1,13	1,13
Barm. Bankv.	0	0,90	1,10	1,10
Bayr. H.-u. W.	0	1,88	1,88	1,88
Bayr. V.-Bk	0		1,50	1,50
Brl. Hand.-G.	1	20,75-21,13	21,13	20,10
Commerzbk	0	4,00	4,00	4,00
Darmst u. Nat	0	6,30	6,70	6,30
Deutsche Bk.	0	7,13-7,20	7,20	7,13
Discontoges.	0	8,00	8,00	8,10

Dresdn. Bank		4,63	3,75	4,50
Essen Kr.-A.	0	1,40	1,40	1,40
Leipz. Kredit	0	1,30	1,25	1,20
Mitteld. Kred.	0	1,75	1,75	1,75
Oest. Kredit	—	0,30	0,30	0,30
Wien. B. V. 8000 K		0,25	0,225	0,25
Schulth.-P.	0	13,30-13,00	13,00	13,25
Akkumulator.	—		18,63	20,00
Adlerwerke	0	1,10	1,00	1,10
A.-G. f. Anilin	—	8,63-8,60	8,60	8,50
A. E. G.	0	6,70-6,60-6,50	6,50	6,63
Anglo Guano	05	7,00	6,80	6,60
Aschaff. Zst.	0	13,75	14,25	13,60
Augsbg. Nbg.	—	16,00	15,70	15,50
Bad. Anilin	—	11,00-10,88	10,88	10,88
Basalt A.-G.	0	8,20	8,00	8,00
Berger Tiefb.	0	2,70	2,70	2,50
Bergmann	0	10,20-9,62	9,63	9,50
Berl. Anh. M.	0	3,50	3,50	3,63
Brl. Burg. Eis.	—	1,20	1,20	1,13
Brl. Krlsr. In.	0	62,50-62,00	62,00	60,38
Berl. Masch.	—	8,25-8,50	8,50	8,40
Bingwerke	0	1,63	1,70	1,63
Bochum. Guß	0	40,50	—	41,00
Gebr. Böhler	0	18,50-19,00	19,00	17,50
Buderus	0	5,75	6,00	6,25
Busch Wagg.	0	4,60	4,60	4,60
Byk Guldenw.	0	1,20	1,13	1,10
Calmon Asb.	0	0,67	0,625	0,65
Chart. Wass.	0	16,50-16,25	16,25	16,40
Chem. Gries.	—	11,00	11,00	11,00
Com. v. Hevd.	0	1,80	1,80	1,90

Cout Caont.	0	5,25	5,25	5,13
Daimler	0	1,80	1,80	1,75
Dessau. Gas	0	21,25-21,13	21,13	20,38
Dt.-Atl. Tel.	—	7,00	7,00	7,00
Dt.-Luxemb.	0	43,00-43,75	43,90	43,75
Dtsch. Erdöl	0	32,00-31,25	31,25	32,50
Dtsch. Kabel	0	0,80-0,77	0,775	0,75
Dtsch. Kali	—	—	23,00	23,00
Dt. Masch.	—	4,13-4,30	4,00	4,00
Dtsch. Werke	0	4,50	4,30	4,50
Dtsch. Wollw.	0	2,30	2,00	2,00
Dt. Eisenhdl.	0	3,00	3,00	3,00
Drahtl. Ueber	0	3,90-3,70	3,70	3,75
Dyn. Nobel	0	5,00-4,90	4,90	4,80
Eisenb.-Vrk.	0,3	7,25-7,10	7,10	7,38
Elberf. Farb.	—	8,75-8,60	8,60	8,75
Elektr. Lief.	0	9,50	9,40	9,40
Elektr. Licht	0	6,30-6,25	6,25	6,25
Ess. Steink.	—	41,00	41,00	39,50
Fahlbg., List	—	2,63	2,63	2,63
Feldm. Pap.	0	2,10	2,20	2,10
Felt. & Guil.	0	15,50-15,75	15,75	15,50
Gelsk. Brgw.	0	44,38-44,63	44,30	43,70
Ges. f. el. Unt.	0	12,50-12,60	12,60	12,30
Goldschmidt	—	9,40	8,10	8,25
Görl Wagg.	0	2,38	2,38	2,25
Gotha Wag.	—	1,38-1,25	1,25	1,25
Hacketh. Dr.	—	1,10-1,20	1,20	1,13
Hammersen	—	7,00-7,25	7,25	7,00
Hann. Wagg.	0		4,80	4,30
Hansa-Lloyd	—	0,47	0,475	0,475
Harb. Gummi	—	1,60	1,60	1,60
Harpener	—	47,75-48,00	48,00	48,00

Hartm. S. M.	—	2,50	2,50	2,50
Held & Frcke	0	0,42	0,425	0,40
Hirsch Kupf.	—	15,25-15,10	15,00	14,80
Höchster Fw.	—	8,70-8,50	8,50	8,40
Hoesch Eisen	—	27,50-26,25	26,25	28,00
Hohenlohe	—	13,75-14,00	14,00	13,50
P. Holzmann	0	2,40	2,30	2,50
Humboldt M.	—	9,50	9,50	9,50
Ilse Bergbau	0	12,00-11,50	11,50	11,50
Junghans	—	5,00	5,00	5,00
Kahlbaum	—	12,88	12,90	13,25
KaliAschersl.	0	6,25	6,30	6,30
Karlsruhe M.	—	1,75	1,75	1,80
Kattowitz	—	15,88	16,20	15,75
C. W. Kemp	0	0,38	0,375	0,38
Klöckner Wk.	—	28,50	28,63	28,25
Köln-Neuess.	—	27,00	27,25	26,50
Köln-Rottw.	0	5,00	5,00	4,70
Gebr. Körting	—	3,90	4,00	3,88
KraussC. Lok.	—	2,88	2,88	2,88
Lahmeyer	0	5,20-5,75	5,75	5,75
Laurahütte	—	3,88-3,75	3,80	3,88
Linke-Hofm.	0	8,13	8,10	8,00
Ludw. Loewe	0	51,75	51,13	51,75
C. Lorenz	0	2,70-2,80	2,80	2,70
Mannesmann	—	21,88	21,88	21,75
Mansfelder	0	2,00-2,10	2,00	2,00
Dr. P. Meyer	0	0,55	0,55	0,55
Motor. Deutz	—	12,90	11,60	12,90
National Auto	—	1,40	1,40	1,40
Nordd. Wolle	—	27,63	27,25	26,60
Oberbedarf	0	7,00	7,00	7,00
Obrschl. Caro	—	8,13-8,00	7,63	8,25
do. Koks	0,2		31,00	32,00
Orenstein	0	10,38-9,80	9,30	10,13
Ostwerke	0	14,50	14,50	14,25
Phönix Brgb.	—	22,50	22,75	23,13
Pöge Elektr	—	1,00-0,95	0,95	0,90
Polyphon	—	3,30	3,30	3,25
Rathg. Wag.	—	2,80	2,80	2,50

Rh. Braunk	—	22,80-23,00	23,00	23,10
Rh. Metallw.	—	3,25-3,12	3,13	3,40
do. Stahlwrk.	—	18,25-18,50	18,50	18,00
Rh.-W. Spgst	—	2,62	2,60	2,50
Rhenania	0	3,90	3,38	3,63
J. D. Riedel	0	3,12-3,00	3,00	3,00
Rombacher	—	9,50-9,60	9,60	9,75
Rückforth F.	0	0,37-0,35	0,35	0,38
Rütgerswrk.	0	9,62-12,37	9,38	9,63
Sachsenwerk	—		0,925	0,975
Salzdetf. Kali	0	10,00-9,87	9,88	9,63
Sarotti Sch.	—	0,97	0,975	1,00
Scheidemdl.	0	13,00-12,90	12,90	13,00
Schl. Bg. Zk.	—	29,81	29,75	29,00
do. Textilwk.	—	2,50	2,50	2,50
H. Schneider	0	3,60	3,60	3,70
Schub. & Slz.	0	6,80	6,50	6,75
Schuckert	0	27,87-27,75	28,00	28,20
Sieg. Sol. Guß	0	0,88-0,87	0,88	0,88
S. & Halske	0	39,50-39,25	39,25	37,50
Stett. Vulkan	0	9,30-9,40	9,40	9,40
StinnesRieb.	—	30,00	29,00	29,25
StöhrKmgrn.	0		41,25	41,50
Stolbrg. Zink	0	22,75	23,25	23,20
Tel. J. Berlin.	—	3,25	3,25	3,25
Thörls Oelfb.	0,2	3,88	3,80	3,75
Leonh. Tietz	—	3,38	3,40	3,38
Türk. Tabak	—			
UnionGießer.	—	3,00	2,90	3,10
Ver. Schuhfb.	0	1,30	1,30	1,40
VogelTel. Dr.	0	1,30	1,30	1,40
Voigt&Haeffn	0	1,10-1,00	1,00	—
WeserSchiffb	—		5,25	5,25
Westeregeln	0	9,40	9,40	9,10
R. Wolf	—		3,80	3,88
Zellst. Waldh.	—	7,10	7,00	7,25
Zimmrm. W.	—	0,47-0,50	0,50	0,475
Neu-Guinea	—		2,30	2,30
Otavi Minen	—	21,90-21,63	21,60	21,75

Deutsche Staats-Anl. in Milliarden Mark

[illegible]

Deutsche Provinz.-Anl.

[illegible]

Preußisch. Pfandbriefe

[illegible]

Wertbeständ. Anleih. in Billionen Mark

[illegible]

Deutsche Eisenb.-Akt. in Billionen Prozent

[illegible]

Hypothek.-Pfandbriefe in Milliarden Prozent

[illegible]

Ausländisch. Anleihen

[illegible]

Ausl. Eisenb.-Obligat.

		heute	vor.
Albrechtsbahn	4	1,50	1,50
Oest.-Ung. St. B. alte	3	10,25	10,25
Oest.-U. Gold	4	2,70	2,75
Raab Oedenb	3	1,50	1,75
Anat. Eb. S. 3	4½	5,70	5,50

Kleinbahn-Aktien

[illegible]

Schiffahrts-Aktien

[illegible]

Bank-Aktien

[illegible]

Brauereien

[illegible]

Industrie-Aktien

[illegible]

Kolonial-Werte

[illegible]